König Wenzel

und die

rheinischen Kurfürsten.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doctorwürde

der

philosophischen Facultät der Universität Rostock

vorgelegt

von

H. Mau,
cand. phil.

Rostock.
Carl Boldt'sche Hof-Buchdruckerei.
1887.

Referent: Professor Dr. **Schirrmacher.**

Seinem teuren Vater

in Dankbarkeit

gewidmet.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41553607_0140

Düstere Wolken bedeckten den politischen Horizont Europas zur Zeit als Kaiser Karl IV. die Augen schloss. Im Westen war der noch immer schwebende Riesenkampf zwischen Frankreich und England nicht ohne Rückwirkung auf die westlichen Grenzprovinzen des deutschen Reichs geblieben, im Norden tobte Jahrzehnte lang der dänische Thronstreit, im Südosten griff die osmanische Macht um sich, in Italien herrschte grenzenlose Verwirrung und allgemeines Durcheinander. Böhmen war durch Karls väterliche Fürsorge ein reiches und blühendes Land geworden, aber im eigentlichen deutschen Reiche, dessen Kräfte sich in anhaltenden innern Kämpfen verzehrten, sah es traurig aus. Karls Bestreben, seinem ältesten Sohne die Nachfolge zu verschaffen, war nicht ohne nachteilige Folgen für die königliche Macht gewesen. Viele Reichsvogteien und Reichsgüter, auch Zölle und Rechte, die bis dahin Eigentum des Reichs gewesen waren, musste Karl, nicht im stande, die den Kurfürsten für Wenzels Wahl versprochenen Geldsummen zu bezahlen, denselben verpfänden; das Reich erlitt dadurch einen unersetzlichen Schaden, denn kein einziges Stück dieser Güter, welche zum Teil sehr wertvoll waren, kam an das Reichsoberhaupt zurück. Eine Wiedererwerbung dieser Güter war aber schon dadurch ausgeschlossen, dass Karl sich eidlich verpflichtet hatte, auf ihre Wiedereinlösung zu verzichten.[1])

Die Rückkehr des Papsttums von Avignon nach Rom, welche vor allem Karls IV. Bemühungen zu verdanken war,

---

[1]) Eberhard Windeck (Mencken, Rerum Germanicarum Scriptores I. 1076). Raynald, Annales ecclesiastici. XVII. a. a. 1379.

brachte wider Erwarten über die gesamte christliche Kirche Unheil. Nach dem Tode Gregors XI., der seinen Plan, den Sitz des Papsttums nach Avignon zurückzuverlegen, nicht mehr hatte ausführen können, war im Konklave der Neapolitaner Bartolomeo Prignani, Erzbischof von Bari, gewählt, aber während des Wahlaktes hatten Exzesse des städtischen Pöbels, der einen aus der Stadt Rom stammenden Papst wünschte, stattgefunden und die Flucht einiger Kardinäle veranlasst; bei der Krönung Prignanis und bei seiner Einführung in den Lateran waren indes alle Mitglieder des Kardinalkollegiums anwesend, so dass die Gültigkeit der Wahl nicht in Zweifel gezogen werden konnte.[1]) Erst das reformatorische Vorgehen Urbans VI., des neuen Papstes, sein Eifer gegen Simonie und Beschenkung der Kardinäle, die Ernennung von neuen Kardinälen, um den italienischen das Übergewicht im Kollegium zu verschaffen, seine Leidenschaftlichkeit und Heftigkeit riefen eine starke Opposition hervor. Die Kardinäle französischer Nationalität erklärten schliesslich, nachdem alle Vermittlungsversuche gescheitert waren, den päpstlichen Stuhl für erledigt, weil Urbans Wahl unter der Einwirkung eines wütenden Pöbels vollzogen und deshalb unkanonisch sei, und wählten zum Gegenpapst Robert von Genf, der den Namen Clemens VII. annahm und sofort von Karl von Frankreich und Johanna von Neapel anerkannt wurde.[2]) So finden wir beim Regierungsantritt Wenzels Unruhen in den Nachbarländern und im deutschen Reiche, dazu ein kirchliches Schisma, sicherlich keine günstige Konstellation der politischen Verhältnisse.

---

[1]) Leo, Geschichte Italiens. IV. 840 f. — Lindner, Die Wahl Urbans VI. (Sybels historische Zeitschrift. 1872. Bd. XXVII. 101 f.) — Gregorovius, Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter. VI. 490 f.

[2]) Über das Schisma: Niem, de scismate libri IV. I. 1 f. — Raynald, ann. eccl. XVII. a. a. 1378. — Baluze, vitae Paparum Avenionensium I. 1000 f. — Hefele, Conciliengeschichte. VI. 628 f.

Der junge Wenzel war nicht ohne Übung und praktische Erfahrung in den Staatsgeschäften; von scharfem Verstand und guter Beobachtungsgabe hatte er wohlmeinend die besten Absichten und den redlichsten Willen, sich des Wohls des Reiches anzunehmen, aber er huldigte zu sehr dem sinnlichen Genuss, auch mangelte es ihm an Konsequenz und fester Willenskraft, woraus sich seine Abhängigkeit von den Einwirkungen des Augenblicks und den Einflüssen der Umgebung erklärt.

Kein Widerstand erhob sich gegen den neuen Regenten, selbst Urban VI., der wie auch sein Vorgänger Gregor mit der Anerkennung Wenzels gezögert, hatte sich durch den Ausbruch der Kirchenspaltung genötigt gesehen, ihn zu approbieren und als römischen König anzuerkennen.[1]) Vergebens beeilte sich der Gegenpapst Clemens, seinerseits Wenzel zu approbieren und als römischen König anzuerkennen,[2]) Wenzel und mit ihm der grösste Teil des deutschen Reichs blieben der römischen Kurie treu. Urbans Legat am Hofe Wenzels, der Kardinal Pileus de Prata, war sehr thätig für die römische Sache, und dem bedeutenden Einfluss, welchen er auf den jungen König ausübte, ist es wohl zuzuschreiben, dass derselbe schon im ersten Jahre seiner Regierung sich mit dem Plane, einen Romzug zu unternehmen, trug.[3])

Bald nach seiner Thronbesteigung berief Wenzel eine Reichsversammlung auf den Januar 1379 nach Nürnberg, damit man zu den weltbewegenden Fragen Stellung nähme. Man hatte grosse Hoffnungen auf diesen Reichstag gesetzt, der Ausfall der Verhandlungen entsprach jedoch diesen Hoffnungen nicht, denn es wurde kein Resultat erzielt.[4])

---

[1]) Weizsäcker, Reichstagsakten. (R. A.) I 90—151.

[2]) R. A. I. Nr. 93.

[3]) Raynald, ann. eccl. XVII. 46. — R. A. I. 226, 236, Note 1.

[4]) Lindner, Geschichte des deutschen Reichs unter König Wenzel, geht einfach über das Faktum hinweg; Pelzel, König Wenzel, (Prag 1788) I. 74, und Palacky, Böhmische Geschichte,

In dem königlichen Einberufungsschreiben heisst es, dass der König „Friede, Recht und Seligkeit“ schaffen wolle, Ausdrücke, die uns den Willen Wenzels, die Kirchenfrage zum Gegenstande der Beratungen zu machen, erkennen lassen, doch ist eine darauf bezügliche, aus dieser Zeit stammende Verordnung nicht bekannt. Die Kirchenfrage nämlich, welche ja in die gesamten politischen und sozialen Verhältnisse jener Zeit auf das tiefste einschnitt, hatte einen sehr gefährlichen Charakter angenommen. Verschiedene Reichsfürsten waren Anhänger des in Avignon residierenden Papstes, wenn sie sich auch nicht öffentlich für ihn erklärt hatten; die süddeutschen Reichsstädte, in der Mehrzahl für Clemens eingenommen, verhielten sich neutral und wollten den Gang der Dinge abwarten, hatten deshalb auch den Nürnberger Reichstag nicht beschickt. In einigen Bistümern erfolgten Doppelwahlen, so in Mainz, Basel, Lüttich, der eine Kandidat hielt zu Rom, der andere zu Avignon. Selbst in Böhmen, dem Sitze des luxemburgischen Herrscherhauses, gab es Gegner Urbans, die zu nicht geringem Ärger Wenzels öffentlich die Rechtmässigkeit von Clemens' Wahl verteidigten und Urban als einen Verbrecher verdammten.[1]) Dass des Königs Gesinnung anticlementinisch war, offenbart auch eine auf dem Nürnberger Tage erlassene Zollverfügung, welche gegen den nach Avignon hinneigenden Adolf von Nassau, der seit 1373 mit dem von König und Papst anerkannten Ludwig von Meissen um das Erzbistum Mainz stritt, gerichtet ist.[2]) Auf dem nächsten Reichstag, der in Frankfurt abgehalten wurde (Februar 1379), sprach sich der König entschieden für Urban aus.[3])

III. a. 15, schreiben dem mangelhaften Besuch zu, dass die Versammlung resultatlos verlief, Weizsäcker stimmt dieser Ansicht bei.

[1]) Voigt, Codex diplomaticus Prussiae. VI. 5. — Grünhagen, König Wenzel und der Pfaffenkrieg zu Breslau (Archiv für östreichische Geschichtsquellen. XXXVII 240).

[2]) R. A. I, Nr. 135.

[3]) Lünig, Reichsarchiv XIX. 83. — Lacomblet, Niederrheinisches Urkundenbuch III 728. — Palacky, Formelbücher II. 31.

Die vier rheinischen Kurfürsten, unter ihnen Ludwig von Meissen, obschon derselbe nur nominell im Besitz des Erzbistums Mainz war, traten, nachdem sie gewisse Gratificationen erhalten hatten,[1]) der königlichen Erklärung bei und schlossen mit Wenzel einen Bund mit der offen ausgesprochenen Tendenz, Urban als den allein rechtmässigen, in kanonischer Weise gewählten Papst anzuerkennen und zu verteidigen. Auch gelobten die Mitglieder dieses sogenannten Urbansbundes zum Nachfolger des Königs, falls denselben plötzlich der Tod dahinraffen sollte, nur einen Fürsten zu wählen, der sich dieser Erklärung angeschlossen haben würde.[2]) Damit hatten sich die Hauptglieder des deutschen Reichs für die Obedienz gegen den römischen Stuhl ausgesprochen, aber man kann nicht sagen, dass jene feierliche Erklärung grossen Eindruck machte, denn die Mehrzahl der Fürsten und Städte trug Bedenken, dem Bunde beizutreten und dadurch bestimmte Verpflichtungen einzugehen. Der König, eifrig thätig, dem Bunde neue Mitglieder zuzuführen,[3]) fand bei den schwäbischen Städten, welche die Anerkennung des eigenen Bundes zur Bedingung ihres Beitritts zu jenem Urbansbund machten, wenig Sympathie für den römischen Papst. Auch um den ehrgeizigen Habsburger Leopold, der für Clemens Partei ergriffen hatte, bemühte sich Wenzel: er suchte ihn dadurch zum Abfall von Avignon zu bewegen, dass er ihm, wenn auch gegen eine ziemlich bedeutende Summe, die Landvogteien von Ober- und Niederschwaben sowie die Pflegen über Augsburg und Giengen verschrieb.[4]) Diese Massregel

Nr. 18, 19. (Abhandlungen der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften. V. 1847.)

[1]) R. A. I. Nr. 136, 140.

[2]) R. A. I. 234, Note 3, Nr. 129.

[3]) Senkenberg, Meditationes jus publicum, privatum et historiam concernentes (Giessen 1739—40) II. 4, 368. — R. A. I. 241, Note 1.

[4]) Lichnowsky, Geschichte des Hauses Habsburg. IV. Reg. 1403—1408. — Lünig, Codex dipl. Germaniae II. 885 f.

Wenzels verletzte die wegen Leopolds Übermacht besorgten Städte und liess sie glauben, dass ihnen vom König her Gefahr drohe, gegen die man sich waffnen müsse.[1]) Wenzel hatte keine Rücksicht darauf genommen, dass er kurz vorher dem Herzog Friedrich von Baiern die Verschreibung derselben Landvogteien, welche Karl IV. diesem Fürsten ausgestellt, erneuert hatte.[2]) Der so geschädigte Baiernherzog suchte sich dadurch zu sichern, dass er im Verein mit den übrigen Mitgliedern des bairisch-pfälzischen Hauses in Baden mit den schwäbischen Reichsstädten und dem Markgrafen von Baden ein Bündnis abschloss, dessen Spitze sich offenbar gegen Wenzel richtete.[3])

Der rege Eifer für die kirchliche Sache liess dem König keine Ruhe in Böhmen und trieb ihn nach kurzer Zeit wieder ins Reich. Günstige Nachrichten aus Italien wirkten nicht wenig dazu mit: hier hatte nämlich nach längerem Widerstand Clemens seinen letzten Zufluchtsort Neapel geräumt und war nach Frankreich geflohen,[4]) seine treueste Stütze, Johanna von Neapel, hatte Urban anerkannt, der jetzt Wenzel drängte, einen Romzug zu unternehmen und das gefährliche und verderbliche Schisma abzustellen.[5]) Auf Wenzel machte Urbans Drängen einen nicht geringen Eindruck: er erliess von Nürnberg aus Einladungsschreiben zu einem Reichstage, der am 8. September 1379 in Frankfurt abgehalten werden sollte.[6]) Dieser Tag kam zu stande, aber Wenzel war nicht bei den Verhandlungen zugegen, er hatte schon vor dem Be-

[1]) R. A. I. Nr. 141.

[2]) Vischer (Geschichte des schwäbischen Städtebundes der Jahre 1376—1389), Forschungen zur Deutschen Geschichte. II. Reg. 126, 127. — Regesta Boica. X. 26.

[3]) Vischer. II. Reg. 136—138. — Gemeiner, Chronik von Regensburg. II. 191. — Datt, Volumen rerum germanicarum novum sive de pace imperiali publica 39. — R. A. I. XCIV. Note 11.

[4]) Raynald. XVII. 23 f.

[5]) Palacky, Formelbücher II. 33.

[6]) R. A. I. Nr. 144.

ginn derselben Frankfurt wieder verlassen.[1]) Die versammelten Kurfürsten nahmen energisch die Kirchensache in die Hand und betrieben eifrig die Erweiterung und Ausdehnung des Urbansbundes; besonders unter den Städten wirkten sie erfolgreich und brachten den Bund bald auf eine solche Höhe, dass die clementinische Partei im Reiche jeden Gedanken, Fortschritte zu machen, aufgeben musste, ein religiöser Krieg vom Reiche ferngehalten wurde. Bis zu diesem Frankfurter Reichstag waren die Kurfürsten in allen Reichsangelegenheiten von Bedeutung in Uebereinstimmung mit dem Reichsoberhaupt, welchem ohne Widerspruch die Executive, wo es sich um das Schisma oder um die Ordnung des Reichs handelte, überlassen war, vorgegangen, aber dieses gute Verhältnis sollte nur von kurzer Dauer sein.

Erst durch in der neuesten Zeit entdeckte Urkunden[2]) sind wir über die damalige Sachlage aufgeklärt worden. Diese Urkunden beziehen sich auf eine Versammlung zu Oberwesel im Januar 1380, wo die Kurfürsten von Trier, Köln und Pfalz eine Einung schlossen.[3]) Die eine dieser Urkunden ist eine in vorwurfsvollem und dringendem Tone abgefasste Bitte, welche die drei rheinischen Kurfürsten an Wenzel richteten: „er möchte behufs Abstellung der Missstände, welche durch das Schisma hervorgerufen seien, in Begleitung des Kardinals Pileus zur Beratung an den Rhein kommen, und zwar zu Mitfasten des Jahres (5. März); durch die Übelstände des Schismas seien mit dem Glauben und dem Gehorsam gegen den römischen Stuhl auch das Wesen und die Beständigkeit des römischen

---

[1]) Cf. den Exkurs „Über den Frankfurter Reichstag vom September 1379".

[2]) Von Vochezer veröffentlicht in „Forschungen zur Deutschen Geschichte" 1875. XV. 15 ff.

[3]) R. A. I. Nr. 152, 153. Ludwig von Meissen war ferngeblieben, da er im Vergleich zu Adolf von Nassau, der das Erzbistum Mainz siegreich gegen ihn und die verbündeten Pfälzer behauptet hatte, völlig machtlos war.

Reichs geschwächt; die Kurfürsten bäten daher mit Ernst, dass Wenzel um solche Gebrechen des Reichs und seiner selbst sehe, er möge daher das Reich mit seiner Abwesenheit nicht länger in Irrung lassen, damit sie nicht den Glauben an ihn verlören."

Während dies Schreiben in einem für eine Bitte ziemlich weitgehenden Tone, der Drohungen durchklingen lässt, gehalten ist, geht die Anweisung, welche den von den Kurfürsten an Wenzel abgeschickten Boten zur Richtschnur über ihr Verhalten diente, noch weiter und sprechen sich die Kurfürsten hier unverblümter aus.[1]) In dieser Gesandtschaftsinstruktion nämlich erheben die Kurfürsten gegen Wenzel den Vorwurf, dass infolge seiner langen Abwesenheit mancher grosse Schade und Irrung entstanden sei; „dem römischen König gezieme es, sich der Arbeit und Ehre anzunehmen und mit den Kurfürsten zusammen in engem Bunde zu Ehren und Frommen des Reichs und der eigenen Persönlichkeit zu arbeiten; wofern Wenzel dies nicht thun wolle, so möge er von sich aus das Reich mit Rate der Kurfürsten so lange bestellen, bis dass er gewisse Liebe dazu gewönne, denn ohne Verwesung und Haupt könne das Reich nicht bestehen; vor allem möge er selbst dem Reiche vorstehen, wobei ihm die Kurfürsten mit Rat und That zur Seite sein würden, dann möge er den einzelnen Reichsständen gegenüber entschiedene Stellung nehmen und sie zum Gehorsam gegen den römischen Stuhl, den Papst Urban, den König, das Reich und die Kurfürsten bringen." Den Kurfürsten schien also eine Pflichtverletzung zu sein, dass Wenzel im Laufe von vier Monaten nicht für das Reich gesorgt hatte, zumal

[1]) Die Jahreszahl in der Datirung dieser Urkunde fehlt, aber das Monatsdatum (der 11. Januar) ist erhalten, auch der Ortsname „Wesel". Aus dem Zusammenhange geht hervor, dass sich das Aktenstück nur auf das Jahr 1380 beziehen kann. Der mit Namen aufgeführte Kardinal Pileus war an Wenzels Hofe und im Reiche thätig, wird auch in den städtischen Rechnungsbüchern Frankfurts vom September 1379 als gegenwärtig genannt. R. A. I. 265 f.

da er auch nach einer leisen Mahnung, welche sie ihm durch eine Gesandtschaft hatten zukommen lassen, keine Anstalten getroffen hatte, ihrem Begehr zu entsprechen. Der derbe Ton des von Wesel erlassenen Schreibens und die wohl wenig rücksichtsvolle Art, wie die kurfürstlichen Boten ihrer Instruktion gemäss am Prager Hofe auftraten, brachten die gewünschte Wirkung hervor: eingeschüchtert kam der König ohne Säumen an den Rhein und berief einen Reichstag nach Frankfurt, um Vorsorge zu treffen für „die Beständigkeit des römischen Reichs und des Behaltens des christlichen Namens“,[1]) also grade in Sachen des Schismas, wie es die Kurfürsten verlangt hatten.

Es war von der weittragendsten Bedeutung, dass die rheinischen Kurfürsten anstatt des Königs die Vorkämpfer des ungeteilten Papsttums geworden waren, ein freiwilliger Verzicht auf solche Stellung, welche sie bald in Kollision mit dem rechtlichen Oberhaupt des Reichs bringen musste, war aber nicht zu erwarten. Welches waren nun die Elemente, aus denen sich der Kurfürstenbund zusammensetzte?

Den Mittelpunkt des Bundes bildete der pfälzische Wittelsbacher Ruprecht I., der die übrigen geistlichen Kurfürsten in Schatten stellte. Obwohl ein achtzigjähriger Greis war dieser Fürst noch immer rührig und wirkte, von regstem Interesse für sein Land und das Reich beseelt, überaus segensreich. Ruprecht, der Erbe der Ansprüche der Wittelsbacher auf den Kaiserthron, hatte die hochstrebenden Pläne seines Vaters, des Pfalzgrafen Rudolf I., keineswegs aufgegeben. Rudolf hatte nach besten Kräften zu verhindern gesucht, dass sein bairischer Bruder Ludwig das Kaisertum erlangte, weil er ihm den Thron nicht gönnte, denselben vielmehr für sich selbt beanspruchte. Sein Versuch, nach Ludwigs Tode die Krone zu gewinnen, war gescheitert, aber Rudolf II., der ältere Sohn Rudolfs I., hatte die hohen Ideen seines

[1]) R. A. I. Nr. 154.

Vorgängers wieder aufgenommen.[1]) Mit Hülfe Gerlachs von Mainz, eines Fürsten aus dem Hause Nassau, in dessen Familie der Verlust der deutschen Königskrone noch nicht verschmerzt war, hatte er sich bemüht, die Königskrone zu gewinnen, obwohl Karl IV. sein Schwiegersohn war und das pfälzische Haus mit Wohlthaten überhäufte. Ebenso wenig wie sein Bruder Rudolf hatte Ruprecht das leuchtende Ziel jemals aus den Augen verloren, wie seine Vorgänger träumte er von der Königskrone, und weder Geschenke noch Privilegien, wie die Zusicherung der Kurwürde durch die goldene Bulle, konnten ihn von seinen hohen Ideen zurückbringen; aber er wusste genau mit den Zeitverhältnissen zu rechnen und sah ein, dass er der diplomatischen Klugheit und der politischen Thätigkeit Karls gegenüber schwerlich Erfolg haben könne; so erklärt sich auch, dass er Karl für die Zeit seines Lebens den gegenwärtigen wie zukünftigen Territorialbesitz garantierte.[2]) Es hiess also abwarten. Mehr Aussicht auf Erfolg bot sich erst wieder, als Karl seinem Sohne die Nachfolge verschaffen wollte.[3]) Die drei kurpfälzischen Fürsten, Oheim, Neffe und Grossneffe, arbeiteten mit aller Kraft gegen Karls Projekt in der Hoffnung, dass die eigne Familie in den Besitz des Thrones gelangen würde. Erst als die Wahl Wenzels gesichert schien, liess sich Ruprecht, wenngleich nur gegen grosse Geldsummen und Übertragung bedeutender Lehen, sowie gegen Bestätigung des Reichsvikariats diesseits der Alpen, das Versprechen abnehmen, bei der bevorstehenden Wahl Karls Sohne seine Stimme zu geben.[4]) Aber selbst hier, wo sie sich banden, liessen Ruprecht und seine Verwandten die Eventualität, dass einer aus ihrer Mitte auf den Thron erhoben werden könne, nicht ganz aus den Augen, indem sie sich für diesen Fall verpflichteten, die zwischen ihnen

[1]) R. A. I. 47, Note 1. II. 21, Note 12.
[2]) Pelzel, Geschichte Karls IV. Bd. I. Urkundenb. 152.
[3]) R. A. I. 3, Nr. 16 f.
[4]) R. A. I. Nr. 22.

und den Luxemburgern abgeschlossenen Verträge unverbrüchlich zu halten.

Das pfälzische Haus hatte überdies stets in freundschaftlichen Beziehungen zu den Päpsten gestanden und war stets ultramontan gesinnt gewesen. Schon unter Ludwig dem Baiern hatte Pfalzgraf Rudolf durch Bitten auf den Papst zu Avignon eingewirkt, um ihn zum thätigen Eingreifen in den deutschen Thronstreit zu Gunsten der Habsburger zu bewegen, und auch Ruprecht hatte sich den reformatorischen Gedanken seines bairischen Oheims gegenüber ablehnend verhalten. Die Kurie blieb den pfälzischen Fürsten gewogen und bewahrte die Erinnerung an die früher von denselben geleisteten guten Dienste, um sich bei günstiger Gelegenheit dankbar zu erweisen, war sie doch ohne Zweifel noch mächtig genug, den pfälzischen Thronbestrebungen durch ihre Hülfe Aussicht auf Erfolg zu verleihen. Nähere Verbindungen mit der Kurie knüpfte Ruprecht an, als der Streit zwischen Kaiser und Papst betreffs der Approbation Wenzels begann.[1]) Karl hatte sich nicht darum bemüht, vom Papst die Genehmigung zur Vornahme der Wahl seines Sohnes zu erhalten, die Wahl war ohne Einwilligung der Kurie vor sich gegangen. Die Verhandlungen zwischen beiden währten lange Zeit, da das Papsttum den Grundsatz, dass zur römischen Königswahl Erteilung von „gratia, beneplacitum, favor und assensus“ seitens des Papstes nötig sei, nicht aufgeben wollte, bis endlich Karl in einem zwar nach der Wahl abgefassten, aber zurückdatierten Briefe sich die Approbation Wenzels erbat. Gregor XI. hatte mit der Erteilung der Approbation gezögert,[2]) wahrscheinlich weil er dem jungen König, gegen welchen er nicht grade die freundlichste Gesinnung hegte,[3]) Schwierigkeiten erwecken wollte, aber, während noch die

---

[1]) R. A. I. LXXXVI. ff.
[2]) R. A. I. Nr. 91.
[3]) Baluze. I. 1264.

Verhandlungen schwebten, hatte ihn der Tod dahingerafft. Sein Nachfolger, Urban VI., war gleichfalls nicht willens, Wenzels Wahl als rechtmässig und gültig anzuerkennen, vielmehr fest entschlossen, gegen die Übergriffe des römischen Kaisers und Königs energisch einzuschreiten, die Rechte der Kurie auf Approbation und Konfirmation zu wahren, womöglich noch weitere Zugeständnisse zu fordern und zu erlangen. Die Pfälzer sahen in Urban eine ihren Plänen geneigte Persönlichkeit und rechneten auf seine Unterstützung, inzwischen brach aber das Schisma aus und Urban sah sich gezwungen, Wenzel die so lange vorenthaltene Approbation zu erteilen, da es ihm vor allen darauf ankommen musste, sich die Hülfe der mächtigen Luxemburgerfamilie zu sichern, welche ihm in dem bevorstehenden Kampfe von grossem Nutzen sein konnte.

Ruprecht war mit Entschiedenheit für Urbans Sache eingetreten, hatte sich auch sehr darum bemüht, den französischen König von Avignon abzuziehen.[1]) Auch den Tag von Oberwesel hatte er ohne Zweifel zu stande gebracht, damit man sich dort über weitere Schritte zu Gunsten Urbans und über ein energisches Vorgehen gegen alle Störer des kirchlichen Friedens einige. Der kluge Ruprecht hatte aber auch reellen Gewinn aus dieser Einung zu ziehen gewusst, indem er seine Genossen dazu bewog, dass sie ihm Hilfe gegen Adolf von Mainz, einen Anhänger des Gegenpapstes, leisteten.

Nach dem Empfang des kurfürstlichen Mahnschreibens beeilte sich Wenzel, wie oben erwähnt, ins Reich zu kommen und berief zum 1. April 1380 eine Reichsversammlung nach Frankfurt.[2]) In der Einladung hob er die Notwendigkeit der Obedienz gegen den römischen Stuhl, der Stärkung des rechten Glaubens sowie der Niederdrückung des Antipapsttums hervor und sprach

[1]) R. A. I. Nr. 149. — Baluze. II. 210.
[2]) R. A. I. 271. Nr. 154.

seinen Entschluss aus, die kirchliche Sache „fürbas“ anzugreifen und zu einem guten Ende zu führen. Das Resultat dieses Tages war insofern ein günstiges zu nennen, als Wenzel dort mehrere rheinische Städte, wie Worms und Strassburg, zum Beitritt zum Urbansbunde brachte.[1]) Des Königs bis dahin feindliche Politik gegen Adolf von Nassau erfuhr eine Änderung: er knüpfte nämlich geheime Verhandlungen mit ihm an und suchte ihn zu sich herüberzuziehen, obgleich Ruprecht und Ludwig von Meissen vereint ihre Stimmen dagegen erhoben.[2]) Wenzel hoffte vielleicht in dem klugen Nassauer einen starken Bundesgenossen gegen etwaige Uebergriffe des Pfälzers zu finden, mochte auch darin, dass er dem wirklichen Inhaber des Erzbistums Mainz seinen Besitz liess, die einzige Möglichkeit, die Ruhe am Rhein herzustellen, erblicken. Bei Adolfs Charakter[3]) lässt sich wohl annehmen, dass ihn nicht innere Überzeugung an die antirömische Seite band, sondern nur das Bestreben, seine privaten Interessen zu wahren. Im September vermittelte der König zwischen Adolf und Ruprecht und bahnte die Versöhnung an;[4]) er übernahm die Verpflichtung, in drei Monaten die Anerkennung Adolfs seitens der römischen Kurie zu beschaffen, und setzte es auch durch. Im Januar 1381 brachte ein Ausspruch Wenzels den definitiven Ausgleich zu stande und Adolf trat an Ludwigs Stelle in den Urbansbund ein.[5])

Mit dem Übertritt des einzigen clementinisch gesinnten Kurfürsten war jede dem Reiche von Avignon her drohende Gefahr beseitigt. Die durch den Weseler Bund fest geeinten rheinischen Kurfürsten standen als starke Rivalen

---

[1]) R. A. I. Nr. 157, Note.

[2]) Boehmer, Fontes Rerum Germanicarum. IV. 375. — Vischer. II. Reg. 139. — R. A. I. Nr. 159, 172.

[3]) Boehmer, Fontes l. c. Joannis, Rerum Moguntin. lib. 695 f.

[4]) R. A. I. l c.

[5]) R. A. I. Nr. 166—174. Ludwig von Meissen wurde mit dem Erzbistum Magdeburg entschädigt.

neben dem schwachen König, und durch den Beitritt Adolfs zu dem Bunde wuchs ihre Macht bedeutend. Der scharfblickende Ruprecht erkannte bald, dass der kluge und mächtige Kirchenfürst, dessen Familie ja schon früher mit der seinigen zur Erlangung der Königskrone verbündet gewesen war, ihm in der Verfolgung seiner hohen Pläne von grossem Nutzen sein könne. Der König, das rechtliche Oberhaupt des Reiches, musste bald mit der geschlossenen Kurfürstengruppe, welche ihrerseits die Herrschaft im Reich in Anspruch nahm, in Konflikt um den Vorrang geraten, und Wenzel war geistig zu wenig beanlagt, als dass er im stande gewesen wäre, seine thatsächlich schon erschütterte Autorität zu behaupten und zu stärken.

Mit Sehnsucht wurde Wenzel in Italien erwartet, Urban, im Kampfe mit Johanna von Neapel begriffen, bat flehentlich um Hülfe. Obschon Wenzel Fürsten und Städte aufgefordert hatte, nach Kräften zum Romzuge beizutragen,[1]) kam er doch nicht, sei es nun, dass er, in dessen Kassen stets Ebbe war, die riesigen Kosten scheute, sei es dass er vor den Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, welche ein Romzug mit sich brachte, zurückschreckte, oder auch dass er keine Lust hatte, Fürsten und Städte für die Gewährung der nötigen Mittel anderweitig zu entschädigen, denn kein Reichsstand wollte geben, ohne zu empfangen. Ausser Wenzels angeborner Unentschlossenheit kommt noch in Betracht, dass es um die Ordnung im Reiche sehr schlecht stand. In den letzten Jahren der Regierung Karls war ein Zusammenstoss der Gegensätze, welche sich unter den Gliedern des Reichs gebildet hatten, erfolgt, und selbst ein Einschreiten des Kaisers war nutzlos geblieben. Wie sein Vorgänger strebte auch Wenzel danach, durch Landfriedenseinungen Ordnung und Ruhe zu schaffen und liess dahin zielende Entwürfe ausarbeiten.[2]) Auf

[1]) R. A. I. Nr. 176, 177, 2.
[2]) R. A. I. 228, Nr. 133.

dem Frankfurter Reichstage von 1380 (April) hatten die Fürsten durch eifriges Zureden den König für sich zu gewinnen gesucht, indem sie ihre beiderseitigen Interessen als identisch hingestellt und in lebhaften Farben die grossen Gefahren geschildert hatten, welche der königlichen Autorität von dem im schwäbischen Bunde vereinigten, übermächtigen Bürgertume drohe;[1]) daher hatten sie ihm auch geraten, die Auflösung dieses Bundes, um dessen Sanktionierung die Städte ihn wiederholt gebeten hatten, zu dekretieren. Obwohl der König dem Bürgertum keineswegs freundlich gesinnt war und diese Gesinnung mehrmals zum Ausdruck brachte,[2]) blieb der Friede gesichert, weil der oben erwähnte Gegensatz zwischen Wittelsbachern und Habsburgern fortbestand und der Städtebund, der mit beiden in Einung war,[3]) durch seine Zwischenstellung das Heft in der Hand behielt. Ruprecht von der Pfalz war einerseits der mächtigste und bedeutendste weltliche Reichsfürst, der Führer der Kurfürsten, anderseits mit den Städten verbündet und befreundet, der faktische Herrscher im Westen des Reichs, zugleich aber eifrig bestrebt, das ganze Reichsregiment in seine Hand zu konzentrieren und die geringe persönliche Bedeutung Wenzels zur Erweiterung seiner Rechte und Machtstellung auszubeuten. Adolf von Mainz war allerdings ein Bündnis mit dem König eingegangen,[4]) aber ihre Verbindung blieb dessenungeachtet eine sehr lockere; Adolf war eben ein Mann, der jeden günstigen Wind zu benutzen wusste. Auf sein eifriges Wirken für das clementinische Papsttum war Begeisterung für Urbans Sache gefolgt, aus einer heftigen Feindschaft mit Ruprecht war enge Freundschaft geworden, früher war er Gegner Wenzels gewesen, dann mit ihm verbündet, es war zu erwarten, dass er bei günstiger Gelegenheit abermals sein Wider-

[1]) R. A. I. Nr. 141.
[2]) R. A. I. Nr. 179.
[3]) Vischer. II. Reg. 112, 115; 136—138.
[4]) R. A. I. Nr. 166.

sacher war. Auch lag es nicht aus dem Bereich der Möglichkeit, dass die jetzt wieder befreundeten Häuser Pfalz und Nassau die alten antiluxemburgischen Ideen ihrer Vorfahren im Verein wieder aufnahmen.

Nach dem Vorbilde des schwäbischen Städtebundes schlossen sich auch die rheinischen Bürgerschaften zusammen. Dazu trieb sie hauptsächlich die Sorge um ihre Existenz, denn es drohte Gefahr von den Rittern, welche sich in zahlreichen Gesellschaften vereinigt, auch Grafen und Fürsten darin aufgenommen hatten.[1]) Dem König kam dieser neue Städtebund sehr ungelegen: er passte ihm durchaus nicht in seinen Plan, einen allgemeinen Landfrieden herzustellen, in welchen jeder Reichsstand als selbständiges Glied eintreten sollte, während sich nun die meisten Glieder des Reichskörpers zusammengeschlossen hatten und sich nur in Gruppen aufnehmen lassen wollten.[2]) Die Bemühungen des Königs, eine Vereinigung der beiden städtischen Bünde zu hintertreiben,[3]) blieben fruchtlos, da die Bünde nach kurzen Verhandlungen im Juni 1381 zu Einer Eidgenossenschaft zusammentraten.[4]) Diese Vereinigung machte einen gewaltigen Eindruck. Voll Schrecken traten die Kurfürsten in Oberwesel zusammen und erneuerten den 1380 im Januar daselbst geschlossenen Bund, gelobten sich auch, in ihren Gebieten keine Ver-

---

[1]) Schaab, Geschichte des rheinischen Städtebundes. I. 346, Nr. 202. — Lehmann, Speirische Chronik, 743. — Vischer. II. Reg. 155, 156.

[2]) Die Annahme eines Landfriedensentwurfes, in welchem kirchliche und rechtspolizeiliche Fragen verquickt, das Pfahlbürgertum verboten war, verweigerten die Städte, während anderseits die Fürsten einen von den Städten eingereichten Entwurf, welcher die Obedienz gegen Urban als Bedingung des Beitritts zum Landfrieden ausschloss, die bestehenden Bünde sowie das Pfahlbürgertum von Bestand lassen wollte, ablehnten. (R. A. I. Nr. 181.)

[3]) R. A. I. 306, Note 1.

[4]) Lünig, Reichsarchiv. Pars Specialis Cont. IV. 30. — Datt. 54, 1. — Schaab. I. Nr. 204—206. — Lehmann. 746.

bindungen von Städten oder Rittern dulden zu wollen.[1]) Wenzel gab indes die Hoffnung, den allgemeinen Landfrieden zu Wege zu bringen, nicht auf. Nachdem seine Bemühungen auf dem Frankfurter Reichstage (September 1381) gescheitert waren,[2]) liess er durch seine Bevollmächtigten mit den Bürgerschaften auf einem Städtetag zu Nürnberg weiter verhandeln, aber auch hier ohne Erfolg, da die königlichen Boten die Forderung der schwäbischen Städte, dass die städtischen Bündnisse zu Recht bestehen sollten, nicht zugestanden.[3]) In der nächsten Zeit blieb die Durchführung des Landfriedens und der Beitritt der süddeutschen Städte, welche hartnäckig auf Anerkennung ihres gemeinsamen Bundes bestanden, eine offene Frage.[4])

Im Anfang des Jahres 1382 tagte in Oberwesel abermals eine Versammlung der rheinischen Kurfürsten und anderer Herren.[5]) Dieselben erklärten sich insgesamt gegen den „Verbund" der Städte und gedachten, vereint mit den Rittergesellschaften, ihn anzugreifen. Kurz vorher hatte Wenzel einen Landfrieden für die Rheingegend, der fünf Jahre dauern sollte, verkündigt.[6]) Die Bestimmungen dieses Friedens waren durchaus städtefeindlich und entsprachen dem Wunsche der Kurfürsten. Alle „Verbündnisse, Gelübde oder Verstrickungen," welche dem Reich oder dem gegenwärtigen Frieden Hindernisse bereiten konnten, wurden aufgehoben. Aber dieser königliche Erlass fand kaum Beachtung, ja, trotz eines abermaligen Verbotes des Königs schlossen sich einige Städte in der Wetterau und im Elsass, die in diesen Landfrieden aufgenommen waren, dem grossen Städte-

---

1) Lacomblet, Niederrheinisches Urkundenbuch. III. 750.
2) R. A. I. Nr. 181.
3) R. A. I. Nr. 184, 185. — Chronik der Städte (Stchr.) I. 69 f.
4) R. A. I. 331 f.
5) R. A. I. Nr. 190, Note 2. — Lindner. I. 158, Note 1.
6) R. A. I. 344, Nr. 191.

bunde an.[1]) Ein königlicher Befehl, dass „wegen böser und geringer Münze“ die Münzen nach einem bestimmten Gehalt geprägt werden sollten,[2]) lockte die Städte nicht, sie weigerten sich nach wie vor in einen Landfrieden einzutreten, der feindliche Bestimmungen enthielt. Alle Verhandlungen waren fruchtlos, und alles blieb beim alten, da auch die Fürsten, statt den König energisch zu unterstützen, ihre Sonderinteressen verfolgten und nur darauf bedacht waren, ihre Territorialgewalt auf Kosten des Königtums und des Bürgertums zu stärken.[3])

Trotz seiner Bemühungen um die Wiederherstellung der Kircheneinheit hatte Wenzel bis dahin nennenswerte Erfolge kaum erzielt. Im Westen Europas war nur England dem römischen Papste, von welchem sich auch Kastilien losgesagt hatte, treu geblieben. In Unteritalien war allerdings die clementinisch gesinnte Johanna von Neapel ihrem Thronrivalen Karl von Durazzo unterlegen, aber dieser Fürst sah seine Herrschaft nicht wenig gefährdet, als Ludwig von Anjou mit einem starken Heere der entthronten Königin zu Hülfe zog und in kurzer Zeit das Land bis Neapel hin eroberte.[4]) (1382.) Urban, gleichfalls durch die Franzosen hart bedrängt, bat den deutschen König flehentlich um Beistand und sparte weder Schmeicheleien noch Vorwürfe, um ihn zur Unternehmung eines Romzugs zu bewegen.[5]) Ohne Zweifel trug Wenzel grosses Verlangen nach der Kaiserkrone, auch ihn zog es mächtig zum schönen Süden, aber er scheute kriegerische Verwicklungen, war überhaupt von friedlichem Naturell und liebte ausser bei der Jagd den Gebrauch der Waffen nicht. Seine geringen Kräfte wurden ausserdem durch die Unordnung im Reich und durch die Wirren im Osten ganz und gar in Anspruch genommen.

[1]) R. A. I. Nr. 192—196. — Vischer. II. Reg. 181, 187, 188.
[2]) R. A. I. Nr. 201. — Stchr. I. 224 f.
[3]) R. A. I. XCVII.
[4]) Lünig, Codex dipl. Italiae. II. 1142, 1147. — Hefele. VI. 680.
[5]) Pelzel. I. Urkundenbuch. Nr. 32—34.

In Ungarn waren nämlich nach dem Tode Ludwigs Thronstreitigkeiten ausgebrochen, die verwittwete Königin kämpfte an der Spitze der nationalen Partei gegen Wenzels Bruder Sigmund;[1]) die Gefahr, in welcher sich die Machtstellung des luxemburgischen Hauses hier in Ungarn befand, nötigte Wenzel, dort für den Bruder thätig einzugreifen. Alles dies liess den Plan eines Romzugs, mochte derselbe auch ernst gemeint sein,[2]) nicht zur Reife kommen. Urban war allerdings der festen Ueberzeugung, dass der König nach Italien kommen würde, hatte doch Wenzel seine bevorstehende Ankunft angemeldet; ganz Rom war hoch erfreut,[3]) aber man wartete vergebens, der beabsichtigte Zug kam nicht zur Ausführung.

Auf den letzten Reichsversammlungen hatte die Landfriedensfrage, wie oben erwähnt, keine Lösung gefunden. Wenzels ursprünglicher Plan, alle Mitglieder des Reichskörpers in eine einzige, alle umfassende Friedenseinung zu bringen, erfuhr eine Abänderung insofern, als 4 bestimmte Bezirke festgesetzt, die Städte aber, wenngleich ihnen der Eintritt in den Friedensbund freistehen sollte, im allgemeinen ausgeschlossen wurden.[4]) Die süddeutschen Städte weigerten sich, diesem Frieden beizutreten, der ohne ihre Mitwirkung und Zustimmung zu stande gebracht, thatsächlich ein Herrenbund unter dem Protektorat des Königs war, zumal darin ein das

---

[1]) Fessler, Geschichte von Ungarn. (2. Aufl.) II. 200 f. — Lindner. I. 193 f.

[2]) R. A. I. Nr. 204. Im Februar und März 1383 fand nämlich zwecks genauer Besprechung über diesen Zug und Feststellung der zu leistenden Beihülfe ein Reichstag in Nürnberg statt (R. A. I. 361), so dass es den Anschein hat, als ob Urbans Andeutungen, dass die Franzosen nach dem Gewinn des Kaisertums, des Papsttums, überhaupt der Weltherrschaft trachteten, doch einigen Eindruck auf Wenzel gemacht hätten.

[3]) R. A. I. 364 f. 389, Note 4 393. Nr. 204, Note 2, 219, 220. — Pelzel. I. Urkundenbuch. 35, 38.

[4]) R. A. I. 362 f. Basel allein trat diesem Landfrieden bei, ohne Zweifel auf Veranlassung Leopolds von Oestreich.

Bürgertum empfindlich treffender Artikel enthalten war; es sollte nämlich jeder der Herren, welcher Bürger einer Reichsstadt geworden war oder sich mit einer Stadt verbündet hatte, unverzüglich das Bürgerrecht aufgeben, von dem Bunde mit den Städten ablassen und sich dem Herrenbunde anschliessen.[1]) Dass man Rom die Obedienz bewahren müsse, war nicht besonders hervorgehoben, jedenfalls deshalb, weil Wenzel, im festen Glauben an die baldige Ausführung eines Romzuges, eine derartige Bestimmung für überflüssig hielt. Obschon die Autorität des Königs insofern gestärkt war, als er den Mittelpunkt dieses Landfriedensbundes bildete, fühlte er sich doch nicht recht sicher, und die Erinnerung an die kurfürstlichen Drohungen nach dem Weseler Tage von 1380 war ihm nicht aus dem Gedächtnis entschwunden.[2]) Um einigermassen gegen Angriffe von dieser Seite her gedeckt zu sein, liess er sich von den Fürsten die Integrität seines Besitzes garantieren und Beistand gegen jeden Angreifer geloben, betonte auch die dem römischen Könige gebührende Treue.[3]) Soviel uns bekannt ist, war bei den Fürsten damals noch nicht der Gedanke aufgekommen, aggressiv gegen den König vorzugehen und seinen Thron umzustürzen; diese Idee schlummerte wohl nur im Herzen der dem Anschein nach mit Wenzel befreundeten Pfälzer und Nassauer. Während die Feindschaft Adolfs von Mainz mehr persönlicher Natur war, denn bei seinem rachsüchtigen Charakter verzieh er dem Könige nie, dass derselbe ihm bei seiner Bewerbung um das Mainzer Erzbistum so viele Hindernisse in den Weg gestellt hatte, war diejenige der Pfälzer eine erbliche und richtete sich gegen das luxemburgische Königtum überhaupt. Aber es fehlte an Bundesgenossen, mit deren Hülfe sie hätten offen operieren können. Das Bürgertum liess sich nicht auf eine so heikle Unternehmung,

[1]) R. A. I. Nr. 205. — Vischer. II. Reg. 192, 193. — Wenker, Apparatus et Instructus Archivorum. 238.

[2]) R. A. II. 21.

[3]) R. A. I. Nr. 205, 207.

wie es der Sturz eines Königs war, ein; somit konnte nur von zwei Seiten Hülfe kommen, vom Papst und von den Mitfürsten. Von den letzteren wünschten viele einen kräftigen und energischen König, der das stolze Bürgertum niederwürfe und, mit Wenzel unzufrieden, würden sie ihren Beistand wohl nicht versagt haben. Urban hingegen war wohl äusserst ergrimmt, dass Wenzel ihn nicht aus seiner Bedrängnis gerettet hatte, konnte sich aber nur mit Aufbietung aller Kräfte gegen Ludwig von Anjou aufrecht halten.[1]) Auf antirömischer Seite hatte man ein Einschreiten Wenzels zu Gunsten Urbans und Karls von Durazzo befürchtet und dies auf jede Weise zu hindern gesucht.[2]) Clemens hatte mit einer französischen Gesandtschaft grössere Geldsummen nach Deutschland geschickt und so für seine Interessen gewirkt. Karl VI. von Frankreich, schon seit seiner Thronbesteigung in freundschaftlichem Verkehr mit Wenzel,[3]) richtete an diesen eine Denkschrift in betreff der Kirchenfrage und suchte ihn für Avignon zu gewinnen oder in seiner Parteinahme wenigstens schwankend zu machen, indem er die Rechtmässigkeit von Clemens' Wahl nachwies und zum vereinten Vorgehen gegen Urban aufforderte. Die Gesandtschaft, welche diese Schrift überbrachte, sollte gleichzeitig dem König die Gefährlichkeit eines Romzuges vorstellen und ihn davon abzuhalten suchen, dass er seinem Schwager Richard von England, welcher mit den Franzosen Krieg führte, Unterstützung lieh. Als Urban von der Absicht des französischen Königs, eine Gesandtschaft nach Prag zu schicken, Kunde erhielt, richtete er ein Schreiben an Wenzel und machte ihm in den schärfsten Ausdrücken Vorwürfe, dass er den Romzug aufgegeben, warnte vor den Franzosen und riet, sich vor der List und Schändlichkeit der Schismatiker zu

---

[1]) Baluze. I. 1297 f. — Muratori, Rerum Italicarum Scriptores. XVIII. 88 f.

[2]) R. A. I. 392 f. — Pelzel. I. Urkundenbuch. 37.

[3]) Palacky, Formelbücher. II. 12 f.

hüten und sie schleunigst aus Prag zu entfernen.[1]) Wenzel nahm die französischen Gesandten freundlich auf, liess sich auch in weitere Verhandlungen mit ihnen ein, aber durch die bis dahin von ihm befolgte romfreundliche Politik und durch seinen Bund mit den Kurfürsten war er zu eng an Rom geknüpft, als dass er plötzlich auf die Gegenseite hätte übertreten können. Welchen Erfolg die Gesandtschaft hatte, besagen die wenigen Worte „nihil fecerunt".[2]) Wenzel antwortete dem französischen König, dass er den Rat der Reichsfürsten und seines Bruders in Bezug auf die Kirchenfrage hören wolle, und stellte eine Gesandtschaft in Aussicht, welche über die gefassten Beschlüsse Auskunft geben solle,[3]) weitere Zugeständnisse wurden nicht gemacht, der Papst in Avignon aber wurde schroff zurückgewiesen.[4]) Der kurz vorher zum Generalvikar von Italien ernannte Jost von Mähren empfing Instruktionen, welche nicht gerade gegen die französischen Interessen verstiessen, und wurde bevollmächtigt, die alten Verträge mit den französischen Königen zu erneuern oder mit Ludwig von Anjou allein ein Offensiv- und Defensivbündnis abzuschliessen.[5]) Wenzels gereizte Stimmung gegen Rom, die sich in dieser Instruktion und auch sonst in den Verhandlungen mit Frankreich äussert, erklärt sich daraus, dass er durch den hochfahrenden und stolzen Ton, welchen Urban ihm gegenüber angeschlagen hatte, sowie durch Urbans Versuch, gegen seinen Willen Bischöfe zu ernennen,[6]) verletzt war. In Rom fürchtete man schon Wenzels Übertritt zu Avignon, und ein Gerücht ähnlichen Inhalts kursierte bereits im Reiche; es trat besonders stark in der Rhein-

[1]) Pelzel. I. Urkundenbuch. 37.

[2]) R. A. I. 394.

[3]) Palacky, Formelbücher. II. Nr. 85, 86. — R. A. I. 395.

[4]) R. A. I. Nr. 224. — Martene, Thesaurus anecdotorum novus. II. 1120.

[5]) R. A. I. 396. — Pelzel. I. Urkdbch. 38.

[6]) Palacky. IIIa. 26.

gegend auf und war aller Wahrscheinlichkeit nach von dem pfälzischen Kurfürsten veranlasst und verbreitet, wohl in der Absicht, dem Könige durch Verdächtigungen im Reiche und bei der Kurie zu schaden. Der König verwahrte sich auf einem Nürnberger Reichstag entschieden gegen solche Verleumdungen und betcuerte sein Festhalten an dem zu Gunsten Urbans gestifteten Bund.[1]) Es gelang ihm, sich zu rechtfertigen, so dass in den nächsten Jahren kein Zweifel an seine echt römische Gesinnung aufkam.

Wie wenig die Fürsten auf diesem Nürnberger Tage von 1383 die Bundesgenossenschaft Wenzels, der doch unter ihrem Einfluss eine fürstenfreundliche und städtefeindliche Politik verfolgte, schätzten, geht daraus hervor, dass sie seine Vermittlung bei den Verhandlungen mit den Städteboten für unnötig hielten und die Beratungen vor seiner Ankunft begannen,[2]) wahrscheinlich auf Betreiben des Pfälzers, der sich besonders um Herstellung eines Friedens bemühte, um sich das Bürgertum zu verbinden.

Merkwürdig ist es, dass damals eine Änderung in der innern Politik Wenzels vor sich ging. Jahrelang war er dem Bürgertum feindlich entgegengetreten, jetzt lenkte er ein, wahrscheinlich weil er einsah, dass die päpstlich gesinnten Kurfürsten nur für ihre eigenen Interessen sorgten und die königliche Macht nur für ihren Vorteil zu verwerten suchten, dann mochte auch der Gedanke auf ihn einwirken, dass er durch Weiterverfolgung der früheren Politik in kürzester Zeit einen Krieg heraufbeschwören könnte.

Langsam und allmählich ging die Besserung seines Verhältnisses zu den Reichsstädten von statten. Ob die Sinnesänderung des Königs den Fürsten schon früh bekannt wurde, und welche Stimmung die Kunde davon in ihnen erweckte, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, so viel ist gewiss, dass die Kurfürsten schon damals damit umgingen, Wenzel des Thrones zu entsetzen und die

[1]) R. A. I. Nr. 226.
[2]) R. A. I. Nr. 232, 234 Art. 4.

Krone auf einen der Kurfürsten zu übertragen. Das ersieht man aus dem Bericht des Kaplans Welder über eine Fürstenversammlung zu Mergentheim im Februar 1384.[1]) Als Grund für die Notwendigkeit eines Regierungswechsels wird darin angegeben, „man müsse einen König in deutschen Landen haben." Die rheinischen Kurfürsten, unter ihnen der „Augenknipper" und „der nicht hier ist und schwach am Leibe", standen an der Spitze der Verschwörung, allem Anschein nach Ruprecht III. von der Pfalz, sonst „Klem" genannt, und der kränkliche Adolf von Mainz, so dass hier die alte Verbrüderung der Nassauer und pfälzischen Wittelsbacher an den Tag tritt, das gemeinsame Streben beider Familien sich wiederum auf den Umsturz des luxemburgischen Königtums richtet. Offenbar besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen dieser Mergentheimer Versammlung und der von Oberwesel im Jahre 1380; hier wurden Vorstellungen an den König gerichtet, aber in einem mehr den Herren als den Untergebenen zustehenden Tone; allmählich ist man auf dem betretenen Wege fortgeschritten bis zu dem nun offen vorliegenden Gedanken, eine Thronumwälzung ins Werk zu setzen. Keineswegs ist es die Rücksicht auf die traurigen Zustände im Reich, nicht die Notwendigkeit, dass ein König aus deutschen Landen herrschen müsse, nicht das Erwachen des Nationalhasses der Deutschen gegen die slavischen Böhmen, nicht die Furcht, dass Wenzel sich mit dem Bürgertum verbinden werde, nicht der Glaube, dass er den Interessen der Fürsten zu wenig Rechnung trage, nichts von diesem war es, was die Umsturzgedanken der Fürsten hervorrief, dieselben gingen naturgemäss hervor aus den antiluxemburgischen Tendenzen der Kurfürstenpartei. Jetzt, wo Wenzel durch den Empfang der französischen Botschaft und durch seinen Verkehr mit Karl VI. in eine schiefe Stellung zum Papsttum in Rom geraten war, schien den Kurfürsten ein günstiger

[1]) R. A. I. 422. Nr. 236. — Janssen, Frankfurter Reichstagskorrespondenz. I. Nr. 37.

Moment zum Angriff auf das luxemburgische Königshaus gekommen zu sein, da sie bei der römischen Kurie, gegen deren Willen eine Realisirung ihrer Umsturzpläne undurchführbar schien, jetzt Hülfe zu finden hofften; sie verschoben aber die Ausführung ihrer Ideen auf eine bessere Zukunft, weil sie sich noch nicht stark genug glaubten.

Die Bürgerschaften waren der Ansicht, dass es sich auf dieser Sonderversammlung der Fürsten um eine Besprechung über den drohenden Krieg handle,[1]) und wurden durch eine Meldung der Rotenburger in diesem Glauben bestärkt,[2]) aber es ist kaum anzunehmen, dass die Fürsten in Mergentheim übereinkamen, den Kampf zu beginnen, nachdem kurz vorher zwischen beiden Parteien eifrig über die Beilegung der Streitigkeiten „gethedinget" war[3]) und auf einem Städtetag in Speier, (Juli 1384), wo der Führer der Fürsten, Pfalzgraf Ruprecht, „gar gnädiglich und freundlich zu allen Sachen" redete,[4]) abermals ein Einigungsversuch gemacht wurde.

Die Fürsten konnten es doch nicht wagen, gleichzeitig mit dem König und den Bürgern, die allein schon ebenbürtige Gegner waren, anzubinden; sie rechneten wohl darauf, dass es ihnen gelingen würde, sich mit den Städten auf guten Fuss zu stellen, denn der neutralen Haltung des Bürgertums sicher, konnten sie ohne allzugrosse Schwierigkeiten eine Thronänderung ins Werk setzen. Deshalb ist sicherlich mehr Gewicht auf die Nachrichten zu legen, welche von einer projektierten Absetzung des deutschen Königs, als auf diejenigen, welche von einer beabsichtigten Eröffnung des Kriegs mit den Städten sprechen, und anzunehmen, dass die Berichte der Kundschaft einholenden Städte mehr oder weniger auf Übertreibung und Schwarzseherei beruhten.

Eine Thronänderung sahen die Bürger übrigens sehr

[1]) R. A. I. 421.
[2]) R. A. I. Nr. 237, 238.
[3]) R. A. I. Nr. 232.
[4]) R. A. I. Nr. 240.

ungern, in der Furcht, dass es viel „Stoss" geben und ihnen grosser Schade erwachsen würde.[1]) Um die Furcht der Bürger zu zerstreuen und sich ihrem Bunde zu nähern,[2]) erschienen auf dem schon erwähnten Städtetage in Speier die Führer der Kurfürstenpartei, Ruprecht und Adolf, und redeten zum Frieden, aber zum Austrag kam es erst, als Wenzel, den der Herzog von Teschen, sein Bevollmächtigter im Reiche, und eine Nürnberger Gesandtschaft aus seiner Schlaffheit aufgerüttelt hatten, persönlich erschien.[3]) Fürsten und Bürger hatten sich in jahrelangen Verhandlungen allmählich einander so sehr genähert, dass endlich eine Einigung zu stande kam, die sogenannte Heidelberger Stallung, (am 26. Juli 1384), ein Landfriedensvertrag auf die Dauer von 4 Jahren.[4])

Der gemeine Bund der Städte und der Nürnberger Herrenbund blieben als selbständige Glieder nebeneinander bestehen, so dass also eine wirkliche Ausgleichung der Gegensätze nicht erreicht war, vielmehr nur ein längerer Waffenstillstand geschlossen wurde.[5]) Die Kurfürsten hatten von diesem Frieden den grössten Vortheil: sie konnten jetzt, wo die Ruhe für längere Zeit gesichert schien, ohne einen Widerstand der Bürger befürchten zu müssen, ihre Operationen gegen den König fortsetzen und den entscheidenden Schlag vorbereiten. Wenzel machte nicht einmal den Versuch, ihnen entgegenzuarbeiten, doch hatten ihn die kurfürstlichen Pläne, von denen er jedenfalls

[1]) R. A. I. Nr. 236.

[2]) R. A. I. Nr. 240; Stchr. IV. 74.

[3]) R. A. I. Nr. 242. Art. 2.

[4]) R. A. I. 423 f. Nr. 246. — Vischer. II. Reg. 218, 219. — Wenker, App. 246. — Janssen I. Nr. 44 f. — Datt. 55. — Lünig, Reichsarchiv. P. Spec. Cont. IV. 135

[5]) Wenzel bestätigte diese Stallung, welche allein von den kontrahierenden Parteien, nicht vom König kontrasigniert war, vermied aber sorgfältig, die Städte als ein grosses Ganzes, welches sie doch in ihrer Vereinigung bildeten, aufzuführen und dadurch den Bund als zu Rechte bestehend anzuerkennen. R. A. I. Nr. 244. — Vischer. II. Reg. 217.

erfahren hatte, so in Furcht gesetzt, dass er Anlehnung an das Bürgertum suchte.[1])

Einen offenen Angriff auf den König wagten die Fürsten nicht, einmal deswegen, weil sie die Bürger für unzuverlässig hielten, dann auch, weil ihnen der Papst damals keine Unterstützung gewähren konnte. Urban war nämlich selbst in einer verzweifelten Lage: er hatte sich persönlich in die italienischen Wirren eingemischt, auch die Waffen für seinen Schützling Karl von Durazzo ergriffen, war aber nach dem Untergange der französischen Armee und dem Tode Ludwigs von Anjou mit Karl in Conflict gerathen, weil dieser sich weigerte, den vorher eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen,[2]) und wurde in einer einsamen Burg Neapels belagert. Die Fürsten, welche ihm die Obedienz bewahrt hatten, gaben aus politischen Rücksichten die römische Sache nicht auf, damit nicht das französische Papsttum die Oberhand erlange, aber die eignen Kardinäle verliessen zum grossen Teil Urban und klagten ihn laut an wegen seiner Grausamkeit, seiner Willkür und wegen seines Nepotismus.[3]) Unter solchen Verhältnissen konnten also die deutschen Kurfürsten nicht auf Unterstützung ihres Plans durch die römische Kurie rechnen.

Wenzels Verhandlungen mit den Städten nahmen ihren Fortgang, er suchte eine „Einmütigkeit" mit ihnen zu stande zu bringen,[4]) verlor aber die Kirchenfrage nicht aus den Augen.[5]) Gegen seinen langjährigen Freund, den Herzog Leopold von Östreich, einen Anhänger von Clemens, ging der König energisch vor: er entsetzte ihn der Landvogteien in Ober- und Niederschwaben und

---

[1]) R. A. I. 428. Nr. 255, 256.

[2]) Niem. I. 28 f. — Gobelinus Persona (Meibom, Rerum Germanicarum T. I. 299 f.)

[3]) Baluze. II. 983.

[4]) R. A. I. Nr. 258. — Vischer. II. Reg. 231.

[5]) R. A. I. Nr. 253. Note 1.

übertrug diese Stellung einem seiner Getreuen;[1]) er forderte auch die schwäbischen Reichsstädte, die zum Teil mit Leopold, der sie unter östreichische Botmässigkeit zu bringen trachtete, verfeindet waren, auf, mit aller Macht gegen die Anhänger des Widerpapstes im Bistum Konstanz vorzugehen, allen Unglauben und Irrung daselbst abzustellen. Dazu brachte Wenzel einmal die Rücksicht auf sein durch Leopold gefährdetes Familieninteresse, denn in Polen und Ungarn hatten die Habsburger mit der antiluxemburgischen Partei konspiriert, dann hoffte er auch wohl durch solchen Schlag gegen ein Haupt der Fürsten das im Bürgertum noch immer rege Misstrauen beseitigen zu können.[2]) Als in Schwaben Basel dem gemeinen Bunde beitrat und in der Bewerbung um das dortige Bistum Urbans Anhänger siegte, drohte der Ausbruch des Kampfes mit dem Habsburger Die mit einem Teil der Eidgenossen verbündeten Städte waren zum Losschlagen bereit, aber Leopold gab nach und es wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen,[3]) welchem bald ein anderes Übereinkommen folgte.[4])

Statt jetzt, wo die Bürger gerüstet den meistens ungerüsteten Fürsten entgegentreten konnten, wo die königliche Kasse durch von den Juden erpresste Summen gefüllt war, wo im Osten Ruhe und Ordnung hergestellt, Sigmund herrlich und machtvoll in den Besitz der ungarischen Lande zurückgeführt war,[5]) statt jetzt die günstige Gelegenheit zu erfassen und es auf einen Kampf mit den Fürsten ankommen zu lassen, dessen Ausgang bei einer

[1]) Vischer. II. Reg. 252. — Stälin. III. 328, 341.

[2]) Dafür spricht auch der Umstand, dass der Landgraf von Leuchtenberg bevollmächtigt wurde „zu reden und teidingen mit den Städten von unsern und des Reiches Notdurft wegen und auch nämlichen dass sie in unserem Dienst und bei uns blieben.“ R. A. I. Nr. 257, 258. — Vischer. II. Reg. 231.

[3]) R. A. I. Nr. 250. — Vischer. III. Nr. 46. p. 16. Note 1.

[4]) R. A. I. Nr. 289, 316. — Vischer II. Reg. 264. — Stchr. I. 160 f. — Lehmann. 761. — Lünig, P. Spec. Cont. IV. a. 43.

[5]) Palacky, Formelbücher. II. 68.

solchen Konstellation der Verhältnisse kaum zweifelhaft sein konnte, zog Wenzel sich gänzlich von der Welt zurück und verbarg sich scheu in Böhmens Wäldern. Da unter den Städten die Friedensliebe überwog, man auch wohl der Ansicht huldigte, dass man trotz des Beistandes des Königs den Fürsten auf die Dauer nicht gewachsen sei,[1]) so ging der rechte Zeitpunkt, von beiden nicht benutzt, vorüber.

Auf einem Fürstentage in Nürnberg (Februar 1386) kam der Plan der Thronänderung wahrscheinlich abermals zur Sprache, aber jedenfalls trat dieser Gedanke vor dem in Aussicht stehenden Kampf mit dem Bürgertum, bei welchem es sich um die Existenz des Fürstentums handelte, zurück.

Der Waffentanz begann mit einem Angriffe Leopolds auf die Schweizer. Der Städtebund, mit beiden in Einung, wurde auch von beiden um die vertragsmässige Hilfe gemahnt, leistete aber keiner Aufforderung Folge. Trotz der Niederlage Leopolds bei Sempach wurden die Friedensverhandlungen zwischen Fürsten und Bürgern fortgesetzt, ohne dass jedoch Wenzel sich daran beteiligte. Als man sich in Heidelberg über die streitigen Punkte nicht hatte einigen können,[2]) tagte man in Mergentheim weiter und hier kam ein Ausgleich zu stande.[3]) Die ängstlichen Gemüter der Bürger wurden bald in eine neue Aufregung versetzt durch das Gerücht von einer gegen sie gerichteten Verbindung der Fürsten, „Faim“ genannt;[4]) man glaubte, dass die Fürsten sich dadurch, dass sie ihre Untergebenen und Hintersassen den Faim beschwören liessen, dagegen sicher stellen wollten, dass ihre Unterthanen das Pfahlbürgertum erwürben. Die deswegen beunruhigten Städte

---

[1]) R. A. I. Nr. 287, 288, 293. p. 532. Note 1. — Joannis 697. — Janssen. I. Nr. 63, 64. — Wenker, App. 248.

[2]) R. A. I. Nr. 290, 291.

[3]) R. A. I. 519. Nr. 289.

[4]) R. A. I. 520, Nr. 292.

verhandelten im geheimen mit Wenzel[1]) und rüttelten ihn aus seiner Unthätigkeit auf. Um sich als Städtefreund zu zeigen, erliess der König im December 1386 nähere Bestimmungen über den in Westfalen eingerichteten Landfrieden;[2]) gleichwohl setzten die Bürger kein rechtes Vertrauen auf seine Freundschaft, zumal da er noch im Oktober desselben Jahres in den Streitigkeiten des schwäbischen Bundes mit dem alten Städtefeind Eberhard von Würtemberg zu Gunsten des letzteren entschieden hatte;[3]) auch herrschte unter ihnen die Ansicht, Wenzel sehe gern, dass Herren und Städte „zu nichte" würden, weil er dann im Trüben fischen könne.[4]) Auf wiederholtes Drängen der Städte erschien Wenzel endlich persönlich im Reiche und nahm an einem Fürstentage in Würzburg teil.[5]) Obwohl hier kaum von den Städten, von welchen nur Nürnberg durch eine Gesandtschaft vertreten war, beeinflusst, hob er den westfälischen Landfrieden von 1371 vollständig auf.[6]) Wie sehr dem König um seine Freundschaft mit den Bürgern zu thun war, bewies er anderseits dadurch, dass er auf einem Nürnberger Städtetage ein Schutz- und Trutzbündnis mit ihnen einging.[7]) Er versprach, bei Lebzeiten den gemeinen Bund nicht zu widerrufen, erkannte ihn also als zu Rechte bestehend an, liess sich aber nicht bewegen, durch schriftliche Urkunde dem Bunde die Rechtlichkeit seiner Existenz zu vindizieren. Sobald die Fürsten von diesen Verträgen erfahren hatten, versammelten sie sich, äusserst erbittert, in Würzburg

[1]) R. A. I. 534. Note 1.
[2]) R. A. I. Nr. 296, 297.
[3]) Vischer. II. Reg. 267.
[4]) R. A. I. 560. Note 3. Nr. 309. — Janssen. I. Nr. 43.
[5]) R. A. I Nr. 299, 300.
[6]) R. A. I. Nr. 298. — Stchr. VI. 472. — Veranlassung dazu gaben jedenfalls die Klagen der Städte, dass der Friede zu ihrem Schaden gehandhabt werde. (R. A. I. 521 f.)
[7]) R. A. I. 542. Nr. 302, 303 - Lehmann. 766.

„um etlicher heimlicher Sachen wegen".[1] Unmittelbar darauf kamen die rheinischen Kurfürsten in Oberwesel zusammen und einigten sich, „falls Wenzel abdanken oder das Reich an die Hand einer anderen Person geben würde, gemeinsam zu handeln und nur gemeinsam ihre Einwilligung zu geben".[2] Es handelt sich hier also um die erst im nächsten Jahre klarer hervortretende Absicht des Königs, die so schwer auf ihm lastende Bürde der deutschen Krone zu Gunsten eines seiner Verwandten niederzulegen. Die Fürsten wagten offenbar nicht mit der Sprache herauszukommen; früher hatten sie im geheimen über eine Absetzung Wenzels unterhandelt, jetzt umschrieben sie denselben Gedanken mit unverfänglich klingenden Worten. Es ist eben die Fürstenkoalition, welche sich 1380 bildete, deren Spuren aber früher zu finden sind, es sind die im Kreise der rheinischen Fürsten, in den Familien der Wittelsbacher und Nassauer von alters her herrschenden, zum Teil vererbten Ideen, welche auf den Sturz der luxemburgischen Dynastie hinzielten. Drei Jahre zuvor hatten sie solche Anschläge im Schilde geführt, zu einer Zeit, wo des Königs Politik sich ganz und gar im fürstlichen Fahrwasser hielt; wieviel mehr musste dies jetzt der Fall sein, wo Wenzel mit dem fürstenfeindlichen Elemente der Städte im Bunde war? Kluge, weitblickende Fürsten wie Ruprecht und Adolf, erkannten sehr wohl, dass das Bündnis zwischen König und Bürgertum nicht von langer Dauer sein konnte, dass dann der Moment kam, wo man aggressiv gegen das Haus Luxemburg vorgehen konnte.[3] Die Stimmung unter den Bürgern war aber, wie oben erwähnt, keineswegs günstig gegen den König:[4] mehrere rheinische Bürgerschaften wie Worms, Speier, Strassburg, also grade die leitenden, waren von vornherein dem

[1] R. A. I. 544. Nr. 305, 4.
[2] R. A. I. Nr. 305, 306. — Lacomblet. III. 914.
[3] R. A. II. Nr. 247, 275.
[4] R. A. I. Nr. 309.

Bündnis Wenzels und der schwäbischen Städte abhold gewesen.[1])

Obgleich in Böhmen Unruhen ausgebrochen waren, erschien der König im Sommer 1387 auf einem Reichstage zu Nürnberg und bemühte sich, die Parteien zu einer Verlängerung der Heidelberger Stallung zu bewegen, aber ohne Erfolg.[2]) Von Abdankungsideen erfüllt verliess Wenzel das Reich, ohne sich weiter mit der Lösung der Friedensfrage zu befassen; er sah wohl ein, dass ein Zusammenstoss der Gegensätze alsbald erfolgen musste, war aber selbst zu schwach, um mit starker Hand thätig einzugreifen, und zu unentschlossen, um für das verbündete Bürgertum nachdrücklich Partei zu nehmen. Ruprecht von der Pfalz und Adolf von Mainz erhielten den Auftrag dafür zu sorgen, dass eine Einung von längerer Dauer zu stande käme [3]) Durch diesen unvorsichtigen Schritt hatte Wenzel den Gegnern eine neue Handhabe geboten. Es war die Frage, ob die rheinischen Kurfürsten sich dies Verfahren des Königs zu nutze machen und die Offensive gegen ihn ergreifen oder abwarten würden, bis sich seine Bundesgenossen, die Bürger, ganz von ihm lossagten und der noch immer in die neapolitanischen Wirren verwickelte Papst Luft bekäme. Ihnen lag wohl mehr an der Ausführung der Idee, das luxemburgische Königtum zu stürzen, als daran, das Bürgertum in den Staub zu werfen, aber bei einigen der verbündeten Fürsten überwog der Drang, sich an den verhassten Bürgern zu rächen, und von diesen wurde auch das Signal zum Kampfe gegeben, als die Uneinigkeit der schwäbischen und rheinischen Städte klar an den Tag getreten war und auf fürstlicher Seite das Gefühl der Überlegenheit erweckt hatte.[4]) Friedrich von Baiern

---

[1]) R. A. I. 545. Nr. 307, 319. — Boehmer, fontes I. 764. — Vischer. II. Reg. 275.

[2]) R. A. I. 566, 567 Note. — Stchr. I. 356 Beilage III, 424 f.

[3]) R. A. I. 573, Nr. 312, 9. Nr. 320.

[4]) R. A. I. 577 f. Nr. 316, 318, 329–331.

eröffnete den Krieg damit, dass er den mit den Bürgern verbündeten Erzbischof von Salzburg gefangen nahm[1]) und alles Eigentum der Bundesstädte, das sich gerade auf seinem Gebiete befand, mit Beschlag belegte. Der schwäbische Bund antwortete sofort mit der Kriegserklärung, welcher ein verwüstender Einfall in Baiern nachfolgte.[2]) Den rheinischen Kurfürsten kam der Ausbruch des Krieges sehr zur unrechten Zeit, da sie, mit den rheinischen Städten in friedlichem und freundschaftlichem Verkehr, grade mit den Operationen gegen den König offen hervorzutreten dachten. Ruprecht III. mahnte wiederholt zur Versöhnung,[3]) auch die rheinischen Städte bemühten sich, den Streit gütlich beizulegen,[4]) selbst Wenzel erbot sich zu vermitteln,[5]) aber über den wahren Hergang der Dinge belehrt sagte er, seiner Bundesgenossenschaft mit den Städten treu, dem Baiernfürsten auf und versprach, das königliche Banner und Hilfstruppen zu senden.[6]) Einen Schiedsspruch Ruprechts des älteren, welchen die Städte annahmen, lehnten die bairischen Fürsten, welche ihn anfangs, wohl aus Furcht vor einem Angriff des in der Nähe weilenden Königs,[7]) acceptiert hatten, ab. In einem neuen Ausspruch Ruprechts wurde den Städten Ersatz für den erlittenen Schaden zugesagt,[8]) ja, Ruprecht erbot sich, einen Teil der festgesetzten Entschädigungssumme auf sich zu nehmen und sofort zu bezahlen.[9]) Obschon der Salzburger Erzbischof seine Freiheit erhielt, blieb dieser Spruch ohne praktischen

---

[1]) Stchr. I. 39, IV. 80, V. 13. IX. 837. — Janssen. I. Nr. 69.
[2]) Stchr. I. 40. — Janssen. I. Nr. 70.
[3]) R. A. II. 43. Note 3, Nr. 12, 2.
[4]) R. A. II. Nr. 5, 1.
[5]) Stchr. I. 141 f.
[6]) R. A. II. 1 f. — Janssen I. Nr. 72.
[7]) Stchr. I. 43 f.
[8]) R. A. II. 16. Nr. 9. 10. — Gemeiner. II. 246. — Vischer, II. Reg. 303.
[9]) Vischer II. Reg. 302.

Wert, weil die Städte sich ihm nicht fügten,[1]) sei es nun, dass ihr Siegesstolz, sei es, dass das Verlangen, sich an den Baiern zu rächen, sie dazu bewog. Der Krieg begann von neuem und bald stand ganz Süddeutschland in Flammen.

Bei den rheinischen Fürsten galt es jetzt Einheit gegen einen gefährlicheren und näheren Feind, die antikönigliehen Bestrebungen traten zurück. Die schweren Schläge von Döffingen, Worms und Eschborn lähmten die Thatkraft der Bürger, welche der König im Stich liess. Das Resultat des Kampfes war die Niederwerfung des Bürgertums, die Sprengung des gemeinen Bundes, die Isolirung der Städte gegenüber dem geschlossenen Fürstentum, kurz, das Übergewicht der Fürsten war wiederhergestellt und auf die Dauer gesichert.

Wenzel dachte in der Zeit des Krieges ernstlich an eine freiwillige Thronentsagung, mochte nun die Unmöglichkeit, durch blosse Ermahnungen Friedenslust zu erwecken,[2]) die Nichtachtung seines Strebens, im Reiche Ordnung und Ruhe herzustellen, der Gedanke an die Umsturzideen der rheinischen Kurfürsten, das Bewusstsein, nicht Kraft genug zu haben, um die schwere Last der deutschen Krone zu tragen und der Wunsch, in Bequemlichkeit und Musse zu leben, in dieser Richtung auf seinen Geist eingewirkt haben. Auffallend ist es, dass er mit einem Feinde des luxemburgischen Hauses, mit dem wegen seiner Schlauheit und seiner Gewandtheit im Durchführen von Intriguen allgemein bekannten Adolf von Mainz in Verbindung trat und ihn für sich zu gewinnen suchte.[3]) Adolf verpflichtete sich, falls der König abdanken würde, Sorge zu tragen, dass einer von Wenzels Brüdern oder Verwandten nach dessen Willen zum Nachfolger gewählt

[1]) R. A. II. 18. Nr. 11. Art. 17. Nr. 12. Art. 7.

[2]) R. A. II. 92. Note 1. Nr. 16—22. Nr. 35. Art. 1. — Gemeiner. II. 258. — Mencken. I. 981.

[3]) R. A. II. Nr. 22. 23.

würde,[1]) und erhielt dafür ausser der Bestätigung der alten Privilegien des Erzbistums Mainz die Erlaubnis, sich nach seinem Gutdünken mit den Städten zu einigen, doch „ohne Gefährde“ des Reichs und der böhmischen Krone,[2]) schloss auch alsbald mit den rheinischen Städten Verträge,[3]) welche gegen die luxemburgische Dynastie gerichtet waren. Von dem Gedanken, die Krone niederzulegen, kam der wankelmütige Wenzel bald zurück: er begann von neuem zu vermitteln und für den Frieden zu wirken, so dass es den Anschein hatte, als ob er sich der Reichspflege mehr annehmen wollte wie früher. Mit dieser Änderung in seiner Haltung war auch eine schon angedeutete Schwenkung in seiner Politik verbunden. Sei es nun, dass die Niederlagen, welche die Bürger im Felde erlitten, ihn in Furcht setzten, sei es dass der Aufenthalt Friedrichs von Baiern am Prager Hofe ihn beeinflusste,[4]) gleichviel, er gab die Sache des Bürgertums preis. Eine Versammlung in Mergentheim verlief resultatlos,[5]) weil einerseits Wenzel nicht persönlich teilnahm, anderseits die königlichen Räte das schiedsrichterliche Amt ihres Herrn zu sehr hervorhoben.[6]) Der Friede

[1]) Vischer. II. Reg. 315. 316.

[2]) R. A. II. Nr. 23. — Vischer. II. Reg. 320.

[3]) R. A. II. Nr. 25. 26 — Vischer. II. Reg. 322. — In einer ohne Zweifel geheimen Verabredung gelobten sich die Paktierenden gegenseitig, bei Streitigkeiten mit dem König einer Mahnung desselben gegen ein Mitglied der Einung nicht Folge zu leisten. Für den Fall eines Thronwechsels versprachen die Städte, denjenigen als König anzuerkennen, welchen Adolf im Verein mit 2 Kurfürsten wählen würde. Es wird also einmal offener Ungehorsam gegen den König zur Pflicht gemacht, dann auch eine Minoritätswahl der Kurfürsten ins Auge gefasst, aber von einer gewaltsamen Thronänderung ist wohl desshalb nicht die Rede, weil man Wenzels freiwillige Thronentsagung erwartete. (R. A. II. 23. Nr. 28—31. — Vischer. II. Reg. 318, 321—323.)

[4]) R. A. II. Nr. 36. — Lehmann 757. — Gemeiner. II. 260.

[5]) R. A. II. 70 f. Nr. 41, 2, 48, 1.

[6]) R. A. II. 75. Nr. 51, 52. — Vischer. II. 104. Reg. 327.

wurde erst gefördert, als der König persönlich die Sache in Angriff nahm und energisch die Beilegung der Streitigkeiten betrieb.[1]) Die Städteboten wurden nach Eger berufen[2]) und dort verhandelte man: „Fürsten und Herren sollten von ihren Einungen ablassen und mit dem König und den Städten einen gemeinsamen Landfrieden beschwören; die Städte sollten gleichfalls ihre Bündnisse aufgeben, auch das königliche Gericht, falls es im Laufe der Zeit städtisch geworden war, restituiren.“[3]) Für den Fall, dass die Bürger diese Forderungen ablehnen sollten, drohte Wenzel mit Gewaltmassregeln gegen sie vorzugehen, hatte auch durch seine Drohungen den Erfolg, dass er die von jeher lockere Verbindung der Städte sprengte.[4]) „Der gemeine Bund sollte gänzlich abgethan sein, ebenso das Pfahlbürgertum, der Nürnberger Herrenbund aber in Kraft bleiben, um die Städte, welche opponieren würden, niederzuwerfen.“ Das waren die Bestimmungen des Egerer Landfriedens, welchem die Bürger sich fügen mussten, so dass „der Krieg nach der Herren Willen verrichtet ward.“[5])

Durch solche treulose Politik hatte sich Wenzel natürlich das Bürgertum entfremdet und sich einer treuen Stütze beraubt,[6]) ohne dass er anderseits gegen eine Wiederaufnahme der auf Umsturz seines Thrones zielenden Pläne der Kurfürsten gesichert war. Die rheinischen Kurfürsten konnten die Durchführung der bekannten Ideen um so leichter versuchen, als der König jetzt völlig isolirt dastand, die eignen Beziehungen zu den Städten sich aber täglich besserten. Dazu kam, dass in der königlichen Familie nicht die beste Eintracht herrschte.

[1]) R. A. II. 151. Note 1. Nr. 63.

[2]) R. A. II. 126 f.

[3]) R. A. II. Nr. 76. — Vischer II. Reg. 332. — Datt. 61. — Janssen I. Nr. 77. — Lünig, Reichsarchiv. P. Sp. C. IV. a. 76.

[4]) R. A. II. 197. Note 1. Nr. 89. — Vischer. II. Reg. 336.

[5]) Stchr. IX. 753.

[6]) R. A. II. 132. — Gemeiner. II. 260. — Lehmann. 757.

Obschon Wenzel nicht mehr an Verzicht auf den Thron dachte, spekulierte doch sein Vetter Jost von Mähren und Brandenburg auf die deutsche Königskrone[1]) und intrigierte fortwährend gegen Wenzel. Die Lage des Königs war also eine höchst ungünstige: er war ohne Anhänger und Freunde, in Wirren verstrickt,[2]) sein Ansehen in Böhmen und im Reiche wegen seiner Unthätigkeit und Unstetigkeit schon dahin geschwunden; unter solchen Verhältnissen konnten Angriffe nicht ausbleiben. Die rheinischen Kurfürsten hatten freien Spielraum, denn der eine Teil des bezwungenen Bürgertums war ihnen ergeben und befreundet,[3]) während sich der andere apathisch verhielt, aber beide wünschten dem Könige, der sie soeben treulos im Stich gelassen, das Schlimmste. Unter obwaltenden Umständen hätte es nicht allzugrosse Anstrengung seitens der Kurfürsten erfordert, Wenzels Thron umzustürzen, aber zu einer Ausführung dieses Werkes kam es damals nicht: 1388 starb der Trierer Erzbischof. Unter dem Einfluss der andern rheinischen Kurfürsten ging aus der Wahl ein Anhänger und Freund ihrer Ideen hervor,[4]) so dass die königsfeindlichen Machinationen ungestört ihren Fortgang nehmen konnten. Nachdem auch Papst Urban gestorben war, schieden im Anfang des Jahres 1390 Adolf von Mainz und Ruprecht I. von der Pfalz, die Seele und der Arm der Kurfürstenpartei, aus dem Leben.[5]) Adolfs Nachfolger, Konrad von Weinsberg, war ein ruhiger und friedfertiger Mann,[6]) so dass wenigstens für die Zeit, dass Konrad das Erzbistum in Besitz hatte, an

[1]) R. A. II. 287. Nr. 213. — Lichnowsky. IV. Reg. 2171.

[2]) Palacky, Formelbücher. II. 107.

[3]) Schaab. II Nr. 238. 239. — Würdtwein, nov. subs. dipl. IX. 315.

[4]) Görz, Regesten der Erzbischöfe zu Trier. 119. ad ann. 1388. — Wyttenbach u. Müller, Gesta Treverorum II. 289.

[5]) Boehmer, Fontes. IV. 383. — Remling, Geschichte der Bischöfe von Speier. I. 670.

[6]) Joannis. I. 704. — Stchr. IV. 94 f.

eine dem Königtum gefährliche Verbindung der mächtigsten Kurfürsten nicht zu denken war. Ruprecht II., der Neffe und Nachfolger des verstorbenen pfälzischen Fürsten, war den hochfliegenden Ideen seines Vorgängers nicht fremd geblieben.[1]) Vermutlich auf seine Veranlassung kamen im Mai 1390 die Kurfürsten von Köln und Trier in Boppard mit ihm zusammen, einigten sich hier zu einem Bund gegen „alle fremden Gesellschaften" und versprachen sich gegenseitig Hülfe, falls ohne ihren Willen und ihre Zustimmung ein gewaltsamer Thronwechsel vor sich gehen würde.[2]) Diese Abmachungen beziehen sich jedenfalls auf die Thronbestrebungen Josts von Mähren, von einer Erhaltung des Königtums Wenzels ist aber keine Rede. Der König selbst that nichts für die Befestigung und weitere Ausbildung des Landfriedens von Eger; er ernannte Ruprecht II. zum Hauptmann dieses Landfriedens und gab ihm Vollmacht, alle dem Könige zustehenden Rechte an seiner Statt zu fördern und den Landfrieden zu bestellen,[3]) erwies sich auch sonst dem Pfälzer wohlgesinnt; indes 2 Monate später ernannte er ein Kollegium zur Ordnung des Reichs, zur Durchführung des Landfriedens und Erhebung der Reichsgefälle, schloss aber Ruprecht davon aus.[4])

Diese Sinnesänderung des Königs erklärt sich am besten daraus, dass er von der Bopparder Zusammenkunft Kunde erhalten und zu dem nicht ganz unrichtigen Schluss gekommen war, dass die alte Feindschaft des pfälzischen Hauses gegen das luxemburgische Königtum auch mit dem Tode Ruprechts I. nicht erloschen sei. Übrigens blieb Wenzels zweiter Erlass wirkungslos, Ruprecht II. übte nach wie vor seine Funktionen als Besteller des Landfriedens aus.[5])

[1]) R. A. I. Nr. 22.
[2]) R. A. II. Nr. 114.
[3]) R. A. II. 233. Note 3. Nr. 117.
[4]) R. A. II. 145. Nr. 115.
[5]) Janssen I. Nr. 86. 90.

Nach dem Tode Urbans VI. hatte Bonifazius IX. den Stuhl Petri eingenommen. Das Schisma dauerte ungeschwächt fort, ohne dass namhafte Versuche gemacht wären, die Einheit der Christenheit herzustellen; das Interesse für die kirchliche Frage hatte eben zu sehr abgenommen. Bonifazius, nicht minder hart bedrängt von den Franzosen wie seine Vorgänger, wandte sich bald nach seiner Wahl an Wenzel, dem „unicum praesidium miserandae Italiae", und bat ihn inständig, einen Romzug zu unternehmen und die kirchliche Einheit wieder herzustellen.[1] Als der König meldete, dass er demnächst aufbrechen werde,[2] lobte und rühmte ihn Bonifaz als den christlichsten Fürsten, der mit unermüdlichem Eifer für die Erhöhung der katholischen Kirche Sorge trage und angelegentlich die Vernichtung der Schismatiker betreibe, und verordnete eine Erhebung des Zehnten der kirchlichen Jahreseinkünfte im Reiche, um dem Geldmangel Wenzels abzuhelfen und seinen Teil zur Ausführung des Unternehmens beizutragen.[3] Aber dem König war es nicht Ernst mit einer so gefahrvollen Unternehmung, er hoffte auf diese Weise leicht zu vollen Kassen kommen zu können und behielt in der That auch die grössere Hälfte der eingezogenen Summen, ohne weitere Schritte zur Ausführung des Zuges zu thun.[4] Bedeutendes Interesse an der Herstellung der Kircheneinheit hegte der König schwerlich mehr, nahm auch dadurch, dass er Verträge mit dem französischen Könige schloss, dem römischen Papste jede Hoffnung auf Unterstützung von seiner Seite.[5] Doch blieb Bonifaz an den rheinischen Kurfürsten ein Rückhalt im Reiche; dieselben vertraten nach wie vor das klerikale Element in Deutsch-

[1] R. A. II. Nr. 216. 217. — Raynald. VII. 526 f.

[2] R. A. II. 371. Note 1.

[3] R. A. II. Nr. 218. 219. — Niem. I. 236. — Pelzel. I. Urkundenbuch. 74.

[4] R. A. II. 288 f.

[5] Pelzel. I. Urkundenbuch. 73. — R. A. II. 288. Note 8.

land, vor allem ihr Haupt Ruprecht II. von der Pfalz, der die traditionelle Politik seines Hauses nicht verleugnete, sich durch seinen Eifer für das Papsttum sogar den Beinamen eines Schirmherrn und Wahrers der Obedienz gegen die römische Kurie erwarb. Seinen Bemühungen zumeist hatte es Bonifazius zu verdanken, dass nicht allmählich ein Stück des Reiches nach dem andern zum Gegenpapsttum überging, welches sich in Lothringen behauptet hatte und durch französische Hilfe und Waffengewalt immer mehr an Ausdehnung zu gewinnen drohte.

Die Jahre 1391 und 1392 vergingen, ohne dass sich Bedeutsames und Nennenswertes zutrug. Im Anfang des Jahres 1393 versammelte sich eine Anzahl von Fürsten in Nürnberg und hielt hier ein „gross heimliches Gespräch."[1]) Wahrscheinlich beriet man über Massregeln gegen den König, wenigstens spricht dafür die grosse Heimlichkeit, mit welcher die Sache betrieben wurde, so dass nichts über die Verhandlungen an die Öffentlichkeit kam. Auf einer kurze Zeit später stattfindenden Versammlung in Nürnberg erhielt man die Nachricht, dass der König von aufrührerischen böhmischen Baronen, welche sich mit Jost von Mähren, Sigmund von Ungarn und Albrecht von Östreich verbündet hatten, überfallen und auf ein östreichisches Schloss geschleppt sei;[2]) man empfand, obschon man die königliche Autorität kaum mehr respektierte, doch, dass mit der Schmach, welche der Person des Königs durch seine Gefangennahme zugefügt, auch die Würde des Reichs verletzt war; man beriet auch über Schritte zur Befreiung Wenzels, weil aber kein Kurfürst, überhaupt nur wenige Fürsten und Städteboten anwesend waren, verschob man endgiltige Beschlüsse auf die nächste Reichsversammlung.[3]) Ruprecht II

[1]) R. A. I. 288. Nr. 215. 235.

[2]) Palacky, Formelbücher. II. 97. — Stchr. III. 170, IV. 98. Note 1, 2. V. 46. VIII. 494.

[3]) R. A. II. 378.

übernahm die Leitung der Reichsangelegenheiten, wie sie der goldenen Bulle gemäss im Falle einer Thronvakanz ihm als dem Fürsten der Rheinpfalz zustand, und die übrigen Kurfürsten erkannten ihn seines Kurfürstentums und seiner Würdigkeit wegen als „Vikarius und Fürseher des Reichs“ für die Zeit der Gefangenschaft des Königs an. Obgleich Wenzel seine Freiheit bald wieder erlangte, legte der Pfälzer seine Würde nicht sofort nieder und trat noch auf einem Reichstage in Frankfurt (Ende 1393) als wahrer Herr des Reiches auf.[1]) Ruprecht, der alte Feind des luxemburgischen Hauses, sah sich jetzt genötigt, den luxemburgischen König gegen eine heftige Opposition, welche demselben vom Hause Habsburg erwuchs,[2]) zu verteidigen. Wenzel machte dem Herzoge Albrecht wegen seiner Verbindung mit Jost und den rebellischen Baronen sowie wegen seines Einfalls in Böhmen laut Vorwürfe und klagte ihn öffentlich an, dass er während der Gefangenschaft und Ohnmacht des Königs „nach dem Reiche gestellt“ habe; Albrecht wies die Anschuldigungen zurück,[3]) ohne dass es ihm jedoch gelang, sich völlig zu rechtfertigen. Aller Wahrscheinlichkeit nach suchten östreichische Gesandte überall im Reiche für die hochfliegenden Pläne ihres Herrn, dem die Königskrone als leuchtendes Ziel vor Augen schwebte, zu wirken, aber ihre Bemühungen waren erfolglos, da sich die rheinischen Kurfürsten ablehnend verhielten.[4]) Dadurch, dass er den habsburgischen Plänen hatte entgegenarbeiten müssen, war Ruprecht gezwungen gewesen, die günstige Gelegenheit, einen Thronwechsel herbeizuführen, welche sich bei Wenzels Gefangennahme bot, unbenutzt vorübergehen zu lassen. Dass Wenzels Thron wankte, ging aus allen zu

[1]) R. A. II. Nr. 223, 224. — Janssen. I. Nr. 97.

[2]) R. A. II. 393 f. — Lichnowsky IV. Reg. 2402. 2404. 2410. 2411.

[3]) R. A. II. Nr. 227. — Wenker, App. 409.

[4]) R. A. II. 378, 381. Nr. 228. — Lichnowsky. IV. Reg. 2450, 2454.

seinem Sturze von Fürsten und Herren eingegangenen Verschwörungen hervor, und in weiten Kreisen war die Ansicht verbreitet, dass die Tage der Regierung Wenzels gezählt seien.[1]) Aber es sollten noch mehrere Jahre vergehen, bis endlich der unsichere Thron zusammenstürzte.

Von Fürsten und Städten konnte Wenzel Hülfe nicht mehr erwarten, hier herrschte zu starkes Misstrauen gegen ihn. In der Hoffnung, im Rittertum eine neue, kräftige Stütze zu finden, knüpfte er nähere Beziehungen mit den Schleglern, einer mächtigen Ritterverbindung in Oberdeutschland, an;[2]) er „bestellte" die Schlegler und schickte ihnen Geld, damit sie warteten, bis er ihre Hülfe fordern würde.[3]) Die Fürsten sahen, dass die Macht der Ritter täglich zunahm, sie wurden deshalb besorgt, fürchteten auch wohl eine Stärkung des Königtums durch Verbindung mit denselben. Durch fortgesetztes Drängen brachten sie den König zu einem Erlass, in welchem die Aufhebung des Schleglerbundes ausgesprochen wurde,[4]) von grösserer Bedeutung war aber, dass sich Fürsten und Reichsstädte in Schwaben verbündeten und die Auflösung der Rittergesellschaften erzwangen.[5])

Eine Reihe von Jahren war verflossen, seitdem der König zuletzt persönlich in das Reichsgetriebe eingegriffen hatte. Die Kurfürsten beschlossen endlich, ihm einen deutlichen Wink zukommen zu lassen und noch einmal den Versuch zu machen, ob sie in ihm nicht ein regeres Interesse für die Reichsverhältnisse erwecken könnten. Eine Botschaft ging nach Prag und forderte den König auf, in der Rheingegend zu erscheinen „von grosses Bresten wegen, dass sich täglich verliefe"; falls er ihrem Wunsche nicht entspräche, wollten sie gedenken, was sie dazu zu

[1]) R. A. II. 381.
[2]) R. A. II. 384 f. Nr. 215. — Lindner. II. Beilage X. p. 343 f.
[3]) R. A. II. Nr. 240.
[4]) Wenker. App. 249.
[5]) Stälin. III. 361 f. — Lehmann 768.

thun hätten.[1]) Der König versprach, den Wunsch der Kurfürsten zu erfüllen und sich persönlich des Reichs anzunehmen, wollte auch alsbald im Reich erscheinen, kam aber nicht. In gewissem Zusammenhange mit dieser kurfürstlichen Botschaft steht die Ernennung Sigmunds von Ungarn zum deutschen Reichsvikar,[2]) wodurch die Brüder der königsfeindlichen Politik der Pfälzer und Habsburger, welche ja den Familienzwist im Hause Luxemburg für ihr eignes Interesse ausgebeutet hatten, die gefährliche Spitze abzubrechen dachten.[3]) Ein schwerer Schlag für König Wenzel war der Tod des friedliebenden Erzbischofs Konrad von Mainz (Oktober 1396), einer Persönlichkeit, welche durch ihren unermüdlichen Eifer und ihre segensreiche Thätigkeit in den westlichen Gegenden Deutschlands Wenzels Abwesenheit nicht so sehr hatte empfinden lassen. Wenzel bot alles auf, um einen befreundeten Mann auf den Mainzer Stuhl zu bringen, aber da er hier ebenso wenig konsequent und energisch handelte wie in allen anderen Dingen, wurde seinen Bemühungen kein Erfolg zu teil. Er hatte zwar das Erzbistum einem Dritten zugedacht, aber nachdem das Domkapitel Gottfried von Leiningen gewählt hatte, erklärte er sich für diesen und wirkte bei der Kurie für ihn.[4]) Aber Bonifazius nahm weder auf Wenzel noch auf das

---

[1]) R. A. II. 415 Nr. 246. Der Ton erinnert an die Sprache in dem kurfürstlichen Schreiben vom Januar 1380, hier wie dort klingt eine Drohung durch.

[2]) R. A. II. Nr. 247.

[3]) Diese Beförderung Sigmunds gelangte nicht sogleich an die Öffentlichkeit, einmal weil Wenzel die heftige Opposition der Kurfürsten, ohne deren Befragung und Einwilligung er eine so wichtige, das Reich angehende Verfügung erlassen hatte, fürchtete, dann auch weil Sigmund durch die Rüstungen gegen die Osmanen und die ungarischen Verhältnisse überhaupt so in Anspruch genommen war, dass er an eine ernstliche Vertretung seiner neuen Würde damals nicht denken konnte.

[4]) Würdtwein, subs. dipl. III. 157, 169, 173. — Gudenus, codex diplom. anecdot. III. 631, 634.

Domkapitel Rücksicht, übertrug vielmehr das Bistum dem Gegenkandidaten Johann von Nassau und weihte ihn bald darauf,[1]) zeigte auch Ruprecht von der Pfalz an, dass Johann providiert sei, und forderte ihn auf, das Erzbistum einstweilen unter seinen Schutz zu nehmen.[2])

So war das erste deutsche Bistum abermals in den Händen der Nassauer, dieser dem Hause Luxemburg von alters her feindlichen Familie. Noch bevor Johann sein Bistum antrat, ging er mit den Pfälzern eine enge Verbindung ein und versprach seinen Beistand zur Erlangung aller Ehren und Würden, nach welchen sie streben würden.[3]) Durch einen so starken Rückhalt gesichert ging Johann alsdann nach Rom und „litteris, pecunia, familiaribus bene instructus“[4]) hatte er bei der stets geldbedürftigen und habgierigen Kurie durch die Summen, welche ihm florentinische Banquiers zur Verfügung stellten,[5]) Erfolg und erhielt das Pallium.

Der neue Kurfürst war den Pfälzern zu grossem Danke verpflichtet; voraussichtlich musste sich ihre Verbindung noch fester gestalten, sobald Johann als Reichsfürst den übrigen zur Seite trat und von denselben Interessen geleitet in seiner Politik dieselben Wege einschlug wie jene. Der kleine, aber schlaue Kirchenfürst sollte sich bald als ein gefährlicher Gegner des römischen Königs, gegen dessen Willen ja seine Erhebung vor sich gegangen war, zeigen; schon in Rom, wo er einige Zeit als Pfand für die dort kontrahierten Schulden hatte bleiben müssen, wühlte er gegen König Wenzel.[6])

[1]) Boehmer, Fontes. IV. 384. — Joannis. 709. — Gudenus. III. 623.

[2]) Würdtwein, nova subs. dipl. II. 318.

[3]) R. A. II. Nr. 248. — Gudenus. III. 615. 617.

[4]) Boehmer l. c.

[5]) Gudenus. III. 618. 619. 625. Die Pfälzer sprachen für Johann (Würdtwein, nova subs. dipl. II. 318) und vermutlich auch die Florentiner.

[6]) Palacky, Formelbücher. II. 39.

In Frankreich war inzwischen ein Wechsel in der kirchlichen Politik eingetreten, nachdem man die Schäden, welche das Schisma über die Christenheit brachte, im Verlauf der Zeit mehr und mehr empfunden hatte; vor allem war es die Pariser Universität, welche die Herstellung der Kircheneinheit betrieb.[1]) Die westeuropäischen Könige hatten sich geeinigt, Wenzel hatte sich dem französischen Vorschlage, dass man den Rücktritt beider Päpste erzwinge und dann eine Neuwahl vornehme, zuerst abhold gezeigt,[2]) und eine Gesandtschaft der Pariser Universität mit Hohn zurückgewiesen,[3]) aber allmählich war eine Sinnesänderung auch in ihm erfolgt: er beschloss eine Botschaft nach Avignon zu schicken, um mit dem dort residierenden Papste über die Herstellung der Union zu verhandeln,[4]) aber weder Bonifaz noch Benedict XIII., der Nachfolger des Clemens, zeigten Lust ihre Würde freiwillig niederzulegen und suchten eine Einigung der weltlichen Mächte, welche ihren Rücktritt erzwingen konnte, zu hintertreiben.

Auch in Deutschland erwachte das Interesse für die Kirchenfrage von neuem und nötigte die Reichsfürsten Stellung zu nehmen. Aus eigener Machtvollkommenheit beriefen die Kurfürsten (1397) eine Reichsversammlung „wegen grosser Not und Sachen der heiligen Kirche, des Glaubens, des heiligen römischen Reichs und der gemeinen Christenheit".[5]) König Wenzel wurde zwar eingeladen, aber auch im Falle seines Nichterscheinens sollte die Versammlung vor sich gehen.[6]) Die Städte wurden gleichfalls aufgefordert, den Tag zu beschicken. Der König, welchem sonst allein das Recht zustand, Reichstage zu berufen, erblickte in diesem eigenmächtigen

[1]) Bulaeus, Hist. Univ. Parisiensis. IV. 1668.
[2]) R. A. II. Nr. 245. — Pelzel. II, Urkundenbuch. Nr. 119.
[3]) Stchr. VI. 721 f.
[4]) Lindner. II. Beilage XV.
[5]) R. A. II. Nr. 246.
[6]) R. A. II. 418 f. Nr. 251.

Vorgehen der Kurfürsten einen Eingriff in seine Würde: er beachtete die Einladung nicht weiter, liess sich bei der Versammlung auch nicht durch einen Bevollmächtigten vertreten, obschon Borziwoi von Swinar bei der Stadt Frankfurt akkreditiert wurde.[1]) Gesandte des französischen und des englischen Königs, sowie Abgeordnete der Pariser Universität waren in Frankfurt erschienen, und es ist wohl dem französischen Einfluss zuzuschreiben, dass eine Gesandtschaft nach Rom geschickt wurde, um mit Bonifaz über ein freiwilliges Zurücktreten zu verhandeln,[2]) sonst war der Verlauf der Verhandlungen ein anderer, als erwartet wurde, denn die Kirchenfrage trat vor den Reichsangelegenheiten zurück. Die Fürsten machten sich schlüssig über ihr weiteres Verhalten dem König gegenüber, konnten aber noch nicht offensiv vorgehen, zumal Johann von Nassau, das treibende und gegen das Haus Luxemburg aufhetzende Element, noch in Rom weilte. Es wurde der Beschluss gefasst, eine grosse Gesandtschaft an den König zu schicken und ihm zu entbieten, dass er „um grosser Notdurft und Gebrechen willen einen Hauptmann setzen und geben solle, der von des heiligen Reichs wegen Friede und Gnade in den Landen machen und bestellen werde". Die Antwort wollte man im Juli 1397 auf einer neuen Versammlung in Frankfurt entgegennehmen,[3]) aber sie blieb aus: der König ignorierte jenes Verlangen. Den Kurfürsten war wohl zu Ohren gekommen, dass das Reichsvikariat an Sigmund übertragen sei, denn sie erklärten, auf keinen Fall dulden zu wollen, dass ein Luxemburger die Würde eines Reichsvikars bekleide. Unmittelbaren Erfolg erzielten die Kurfürsten durch ein derartiges Vorgehen nicht: Wenzel entschloss sich zwar, ins Reich herauszukommen,[4]) aber der gute Vorsatz kam

[1]) R. A. II. Nr. 270, 277. — Wenker, Coll. Arch. 395.

[2]) R. A. II. 424. — Raynald. VIII. 2 f. — Niem. II. 33.

[3]) R. A. II. 422. Nr. 273. — Wenker, App. 268. — Janssen. I. Nr. 117.

[4]) R. A. II. 458. Nr. 277. 281. — Janssen I. Nr. 121.

nicht zur Ausführung, denn der König wollte nicht ohne Sigmund reisen und dieser wurde vergeblich in Prag erwartet.[1])

Auf dem von den Kurfürsten angekündigten Tage (Juli 1397) wurden, weil nur wenige Reichsstände dort anwesend waren, endgültige Abmachungen nicht getroffen,[2]) aber eine Folge dieser Versammlung war, dass Wenzel im September ohne Sigmund in Nürnberg erschien und den ernstlichen Willen kund gab, die königliche Autorität wieder herzustellen und die Reichsrechte, welche in der letzten Zeit verloren gegangen waren, wiederzugewinnen.[3]) Fest entschlossen, dem Faustrecht, welches sich in zahllosen Räubereien und Fehden offenbarte, ein Ende zu machen, ging er energisch daran, Raubburgen zu brechen und so Ordnung zu schaffen.[4]) Durch Sicherung des Handels und Verkehrs auf den Landstrassen und durch Erteilung von zahlreichen Privilegien glaubte der König wohl das frühere freundschaftliche Verhältnis zum Bürgertum wiederherstellen zu können, wie er denn auch in dem Streite des Bischofs von Würzburg mit seinen Stiftsstädten Partei für die Städte nahm und sie für „regi subjectas", also für Reichsstädte erklärte.[5])

Inzwischen hatten die rheinischen Kurfürsten, ohne mit dem Könige Rücksprache genommen zu haben, ihre Verhandlungen mit den westlichen Nachbarn betreffs Beilegung des Schismas fortgesetzt, auch bei Bonifaz Schritte zur Herstellung der Kircheneinheit gethan, aber ihre Politik war nicht bestimmt und scharf gezeichnet, so dass sie kein Resultat erzielte. Die französische Regierung hatte, wie oben erwähnt ist, schon früher mit Wenzel über die Kirchenfrage verhandelt, Wenzel ging jetzt, was wohl aus der Einwirkung der Prager Universität

---

[1]) R. A. II. Nr. 282. — Janssen. I. Nr. 122.
[2]) R. A. II. 460 f. Nr. 287. 294. 295. 298.
[3]) R. A. II. Nr. 299. — Pelzel. II, Urkundenbuch. 139.
[4]) R. A. II. 475 Nr. 302—307. — Stchr. I. 429.
[5]) R. A. II. 476 f. Nr. 308. — Stchr. I. 56. 361.

zu erklären ist,[1]) auf die französischen Vorschläge ein und versprach zwecks weiterer Erörterung der Sache in Tours mit Karl VI. zusammenzutreffen,[2]) obschon er keineswegs willens war, jene Vorschläge unbedingt anzunehmen und Bonifaz im Stich zu lassen.

Wenzels Reise nach Westen führte ihn über Frankfurt, wo er den Kurfürsten persönlich gegenüber trat,[3]) nachdem er 9 Jahre lang die Rheingegend gemieden hatte. Unter den Kurfürsten herrschte grosse Erbitterung, einmal darüber, dass der König ihrem Wunsche nicht nachgegeben und einen ihnen genehmen Reichsvikar ernannt, sowie auch darüber, dass er die Städte begünstigt und gegen den Würzburger Bischof Partei ergriffen hatte. Dazu kam, dass ihnen die Verhandlungen Wenzels mit dem französischen Könige höchst unbequem waren. Ihr Groll gegen den König, der sonst so indolent und unthätig, jetzt energisch die Prärogative der Krone wahren zu wollen schien, machte sich Luft in einer zahlreiche Artikel enthaltenden Beschwerdeschrift, welche dem König auf sein Verlangen in Abschrift überreicht wurde.[4]) In derbem Tone wird des Königs pflichtwidrige Unthätigkeit und unsichere Politik getadelt, derselbe für allen Schaden, welchen das Reich erlitten hatte, verantwortlich gemacht. Wenzel suchte sich zu verteidigen, aber eine Rechtfertigung gelang nur in einzelnen Punkten.[5]) Der Erlass einer Landfriedensordnung brachte dem König, welcher auch in der Würzburgschen Sache den Fürsten Konzessionen machen musste,[6]) nur Spott und Hohn ein.[7])

---

[1]) Raynald. VIII. 37.

[2]) Bulaeus. IV. 827.

[3]) R. A. III. 1 ff.

[4]) R. A. III. 22 f. Nr. 9. — Lindner. II. 383 Beilage XVIII. — Wenker, App. 268.

[5]) R. A. III. Nr. 12.

[6]) R. A. III. 13 f. Nr. 21. — Stchr. I. 59. — Joannis 713.

[7]) R. A. III. 7 f. Nr. 10. — Janssen. I. Nr. 129. 130. — Lehmann. 739. — Lünig, Reichsabschiede. 101.

Einem Zusammentreffen des Königs mit Karl von Frankreich, wie Wenzel es beabsichtigte, widersprachen die Fürsten entschieden; die Mehrzahl befürchtete, dass Wenzel romfeindliche Politik treiben werde, andere hingegen waren um ihr Bistum besorgt, unter ihnen Johann von Mainz, welcher den Erwerb seines Bistums nicht rechtmässiger Wahl, sondern der Bestechung und Anwendung von Gewalt verdankte; den Pfälzer trieb gleichfalls der Egoismus zur Opposition, denn die Verwirklichung der Idee, seine Familie in den Besitz der deutschen Königskrone zu bringen, wurde durch den Sturz des befreundeten Bonifazius in weite Ferne gerückt. Während die übrigen Kurfürsten den König aufforderten, nichts zu unternehmen, was von Nachteil für Bonifazius sein könnte, warnte Ruprecht III., welcher um ein Gutachten in dieser Sache gebeten war, in einem in grobem Tone gehaltenen Schreiben den König auf das dringendste, mit Frankreich in näheren Verkehr und weitere Verhandlungen zu treten, und riet von der Fahrt ab, weil dadurch das Ansehen Frankreichs in den Augen der Welt gehoben würde. Durch Hinweis auf die Verschlagenheit Karls und seiner Räte und durch Mitteilung von den das Reich gefährdenden Plänen der Franzosen, welchen der Gewinn des Kaisertums für ihr Volk als Ziel vor Augen schwebe, suchte er den König einzuschüchtern: derselbe müsse die Rechte des Kaisertums energisch wahren, nicht mehr wie ein Kind, sondern wie ein Mann auftreten, das Papsttum in Rom unbedingt aufrecht erhalten. Schliesslich sprach Ruprecht die Drohung aus, dass, falls Wenzel demjenigen, welcher ihn als König bestätigt habe, nicht gehorchen wolle, alle ihm den Gehorsam aufkündigen und sein Königtum als nicht mehr zu Recht bestehend ansehen würden.[1]) Ruprecht hatte keinen Erfolg mit

---

[1]) R. A. III. 15 f. Nr. 23. — Lindner (II. 387. Beilage XXIII.) hat nachgewiesen, dass Ruprecht III., nicht Ruprecht II., Verfasser dieses Gutachtens war.

diesem Versuche, in Wenzel Misstrauen gegen Karl von Frankreich hervorzurufen, vielmehr machte sich derselbe, wie wohl er sich in Frankfurt stets des Beirates der Kurfürsten bedient und sich ihnen auch sonst, um ihren Zorn zu beschwichtigen, gefällig erwiesen hatte,[1]) auf den Weg nach Westen und traf im März 1398 mit dem französischen Herrscher in Rheims zusammen. Wenzel gab bei der Besprechung den Franzosen darin Recht, dass man am leichtesten durch den Rücktritt beider Päpste zum Ziel, nämlich zur kirchlichen Einheit, gelangen würde, er schlug aber rundweg ab, Gewaltmassregeln zu gebrauchen, falls jene nicht freiwillig cedieren würden, versprach nur, auf Bonifacius dahin einwirken zu wollen, dass er seiner Würde entsage, und sich auch im Reiche deshalb zu bemühen.[2]) Es blieb aber jedem anheimgestellt, welchem Papst man Obedienz leisten wolle, je nachdem man den einen oder den andern für den rechtmässig gewählten hielt. Wenzel suchte alsbald der in Rheims eingegangenen Verpflichtung nachzukommen: durch eine Gesandtschaft liess er Bonifazius, ohne ihm jedoch mit Entziehung der Obedienz zu drohen, auffordern zu cedieren,[3]) aber Bonifaz lehnte ab und trat gleichzeitig in Verbindung, einmal mit Sigmund von Ungarn, welchen er aufforderte, nach Rom zu kommen,[4]) dann auch mit dessen Gegner und Rivalen, Ladislaus von Neapel,[5]) um durch sie gegen einen Angriff Karls VI. oder Wenzels gedeckt zu sein.

Auf der Rückfahrt von Frankreich traf Wenzel in Koblenz mit den Fürsten zusammen und hielt hier einen Reichstag zur Bestellung des Friedens ab.[6]) Als Kurfürst Ruprecht III., der kurz vorher, nach dem Tode seines Vaters, die Regierung übernommen hatte, in Koblenz

[1]) Lindner. II. 389, Note 1.
[2]) Martene, Coll. Ampl. VII. 431. — Raynald VIII. 37.
[3]) Urstisius, Script. Germ. II. 180. — Raynald. l. c.
[4]) R. A. III. Nr. 26. — Pelzel. II. Urkundenbuch. 152.
[5]) Lünig, C. J. D II. 1210 f., IV. 542.
[6]) R. A. III. Nr. 38.

erschien, stellte ihn der König wegen des derben, unhöflichen Tons, welchen er in dem erwähnten Gutachten angeschlagen hatte, und wegen seiner Intriguen und Konspirationen mit England und der römischen Kurie zur Rede. Es kam zu einem heftigen Auftritt, und beide schieden in Groll von einander, aber Ruprecht lenkte behutsam ein, rechtfertigte sich wegen der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und versprach Wenzel „für seinen gnädigen Herrn zu haben und seiner Gnade getreulich zu dienen als billig sei", worauf ihm der König verzieh.[1]) Ruprecht hatte somit die Versöhnung gesucht, aber seine Feindschaft hörte ungeachtet der demütigen Beteuerungen seiner Anhänglichkeit und Ergebenheit nicht auf, und seine Machinationen gegen das luxemburgische Königtum nahmen ungestört ihren Fortgang, wenngleich der schlauere und energischere Johann von Mainz, welcher vor dem Bruche eines Vertrages oder Wortes nicht zurückschreckte, jetzt mehr in den Vordergrund trat.

König Wenzel hatte wieder einmal einen ernstlichen Anlauf genommen und sein Interesse für die Reichsangelegenheiten kundgegeben, aber es ging ihm wie früher, seine Kräfte erlahmten bald. Die Sorge für Reich und Kirche trat bald zurück, die innern Verhältnisse Böhmens, der Ausbruch neuer Unruhen unter den Baronen, der Kampf der Verwandten,[2]) eine schwere Krankheit, welche ihn heimsuchte,[3]) alles dies hinderte ihn, auf der betretenen Bahn fortzuschreiten. Die heillose Verwirrung, welche in Böhmen rasch um sich griff, hielt den König völlig gefangen, und als sich das Unwetter hier einigermassen verzogen hatte, war im Reiche die Katastrophe bereits zum Ausbruch gekommen, der Gang der Dinge nicht mehr zu hemmen. Solange die Nachwirkungen von

---

1) R. A. III. Nr. 39. 40. — Pelzel. II. Urkundbch. 151.

2) R. A. III. 101 f.

3) Pelzel. II. Urkundbch 153. 155. — Palacky, Formelbücher. II. 90.

Wenzels Anwesenheit im Reich, von seinem Versuche, die königliche Autorität wieder herzustellen, fühlbar waren, hielten sich die rheinischen Kurfürsten vorsichtig zurück und wirkten nur im geheimen. Erst als in den böhmischen Wirren Wenzels Ohnmacht von neuem zum Vorschein kam, traten ihre Bestrebungen mehr ans Tageslicht. Ihr Bund offenbarte sich in einer Einigung, welche zu dem Zwecke geschlossen war, „die Aufrückung und Nehmung" eines Zolles auf dem Mittelrhein zu hindern, um den Nutzen und die Wohlfahrt des Rheinstroms, der gemeinen Strassen und Lande und auch um ihre von Kaiser und Reich erhaltenen Freiheiten zu schirmen.[1]) Um den Bund zu sprengen, verlieh Wenzel an Johann von Mainz Zollvorrechte und trug ihm Schulden ab,[2]) vergeblich, Johann, eng mit Ruprecht verbündet, arbeitete unausgesetzt fort am Sturze des luxemburgischen Königtums. Im April 1399 traten die Fürsten von Mainz, Köln und Pfalz in Boppard zusammen und verpflichteten sich, gemeinsam in allen Kirchen- und Reichssachen zu handeln und vereint dagegen aufzutreten, „wenn sich Jemand freventlich ins Reich oder in das Vikariat schicken wolle und der König unternehmen werde, das Reich zu schmälern."[3]) Von einer Absetzung des Königs ist noch keine Rede, es wird nur die leise Andeutung gemacht, „falls das Reich ledig würde," während in der Erklärung gegen die unbefugte Anmassung des Reichsvikariats durch

---

[1]) R. A. III. 108. Note 1.

[2]) Würdtwein, Nova subs. dipl. II. 344–348. — Janssen. I. Nr 185. Note.

[3]) R. A III. 77. Nr. 41–48. — Stchr. I. 50. — Lacomblet. III. 942. — Janssen I. Nr 870. — Unter den Beschwerden, welche gegen Wenzel erhoben werden, ist sein freundschaftliches Verhältnis zum Mailänder Fürsten, dem er kurz vorher die Herzogswürde verliehen hatte, besonders hervorgehoben: am besten erklärt sich dies aus dem Einfluss, welchen die Boten der Florentiner auf die Kurfürsten ausübten. (Palacky, Frmlb. II. 40. — Muratori. XVII 839. XXI. 803.)

Sigmund von Ungarn der Gegensatz des Kurfürstenbundes zum Hause Luxemburg scharf und bestimmt hervortritt.

Johann von Mainz suchte inzwischen seine Kreise weiter zu ziehen und neue Bundesgenossen zu werben, da die drei rheinischen Kurfürsten allein nicht stark genug schienen, eine Thronänderung herbeizuführen. Es wurden mehrere Fürstentage gehalten, (zu Forchheim, Marburg, Mainz), und neben Rudolf von Sachsen auch der geisteskranke Erzbischof von Trier für die Verschwörung gewonnen.[1]) Die in Boppard getroffenen Abmachungen wurden erneuert und abermals hervorgehoben, dass die Einung geschlossen sei, die Einsetzung eines Reichsvikars ohne Wissen und Willen der Kurfürsten, sowie auch jede Schmälerung des Reiches zu verhindern.[2]) Die Kurfürsten hielten ihre Beratungen so geheim, dass der darüber liegende Schleier nicht gelüftet werden konnte, trotzdem aber erhielt Wenzel, wahrscheinlich durch die getreuen Frankfurter, einen Wink, dass Gefahr drohe.[3]) Der König war in dem Wahn befangen, dass die Fürsten ihm einen Vikar aufdrängen wollten;[4]) er versprach in Begleitung Sigmunds nach Nürnberg zu kommen, hegte auch die Hoffnung, mit Hülfe des Bürgertums alle an ihn oder das Reich gestellten Forderungen zurückweisen zu können.[5]) Auf einem neuen Fürstentage zu Mainz traten die Herren von Baiern und Thüringen dem Kurfürstenbunde bei; dadurch wurde derselbe so gestärkt, dass seine Mitglieder offen mit den Absetzungsideen hervorzutreten wagten, zumal es den Anschein hatte, als ob Wenzel seinem Bruder Sigmund die Regierung übergeben wollte. „Um den grossen und trefflichen Gebrechen, Misshelligkeiten und Irrungen, die

[1]) R. A. III. Nr. 51. 56. 57.

[2]) Wenker, App. 268. — Janssen. I. Nr. 872. — Gudenus, Codex dipl. Mogunt. III. 646.

[3]) R. A. III. Nr. 52. — Janssen. I. Nr. 133. 134.

[4]) R. A. III. Nr. 53. — Janssen. I. Nr. 135.

[5]) R. A. III. Nr. 72. — Janssen. I. Nr. 877.

im heiligen römischen Reich auferstanden sind, zu widerstehen, und damit das Reich in seinen Würden und Ehren und bei seinen Rechten gehandhabt werden und bleiben möge", verbinden sich die Fürsten, einen neuen römischen König zu wählen und einzusetzen.[1]) Johann von Nürnberg, Wenzels Freund und Bevollmächtigter, erhielt auf seine Einladung zu einer allgemeinen Reichsversammlung, auf welcher der König wichtige Reformprojekte vorlegen wolle, eine ausweichende Antwort.[2]) Von den Kurfürsten war somit das entscheidende Wort offen ausgesprochen, aber auch dadurch wurde der König nicht aus seiner Lethargie aufgerüttelt. Statt persönlich ins Reich zu eilen und mutvoll gegen die Verschworenen aufzutreten, statt die Bürger, welche zum grössten Teil treu zu ihm hielten,[3]) fest an sich zu ketten und durch den Reiz der königlichen Persönlichkeit auf sie zu wirken, schickte er eine Gesandschaft, welche natürlich nichts ausrichtete.[4])

Zu einer Fürstenversammlung in Frankfurt, welche im November 1399 vor sich gehen sollte, wurde der König nicht eingeladen; ein Versuch der Fürsten, die Reichsstädte zur Teilnahme zu bewegen, blieb nicht ganz erfolglos, denn einige rheinische Städte waren in Frankfurt vertreten, während die schwäbischen Bürgerschaften eine Beschickung des Tages abgelehnt hatten.[5]) Die Kurfürsten legten den anwesenden Städteboten die Frage vor und verlangten Antwort darauf, ob sie, falls ein vom König ernannter Reichsvikar ihnen „nicht nützlich und bequemlich" schiene, sich nicht von den Kurfürsten scheiden und auch in der Kirchenfrage ihnen treu bleiben würden;

---

[1]) Janssen. I. Nr. 873. — Martene, Coll. Ampl. IV. 9. — Sattler, Geschichte Würtembergs unter der Regierung der Graven. II. Nr. 17.

[2]) R. A. III. Nr. 79. — Janssen. I. Nr. 878.

[3]) R. A. III. Nr. 49. 50.

[4]) Janssen I. Nr. 144 f. 151. 875 f.

[5]) R. A. III, Nr. 69. 70. 75. — Stchr. IX. 850. — Boehmer, Fontes IV. 385. — Gudenus. III. 644.

sofortige Antwort wurde aber weder verlangt noch gegeben.[1]) Die Städte verhielten sich eben abwartend, da sie nicht ohne weiteres für die Erhaltung eines Königs, der sie vordem treulos im Stich gelassen hatte, Gut und Blut einsetzen wollten; es ist aber anzunehmen, dass der König sie durch den Einfluss seiner Persönlichkeit und durch freundliches Zureden abermals für sich gewonnen haben würde. Dass es dahin käme, suchten die Kurfürsten zu verhindern und bemühten sie sich deswegen, das Bürgertum zur Neutralität zu bringen, was ihnen schliesslich auch gelang. Wenzel liess den Kurfürsten durch eine Gesandtschaft die Gründe seiner Abwesenheit mitteilen und bat, „keine Neuheit oder Bündnis zu machen, die wider ihn wären oder ihn am Reiche hinderten,“[2]) auch versprach er, unverzüglich an den Rhein zu kommen und alle Gebrechen des Reichs nach der Kurfürsten Rat abzustellen.[3]) Die Kurfürsten antworteten abermals ausweichend, ohne auf Wenzels Bitte um eine Zusammenkunft näher einzugehen.[4]) Die von Wenzel nach Nürnberg entbotenen Städte wurden durch die königlichen Gesandten aufgefordert, dem Könige die Treue zu wahren, falls Neuerungen im Reiche entstehen sollten, und ihm Beistand zu leisten, dafür wurde ihnen ein Hauptmann zum Schutz gegen ihre Dränger versprochen;[5]) die Städteboten setzten die Antwort aus, erklärten aber nach einem Tage in Esslingen (Januar 1400), dem Könige Hülfe bringen zu wollen, falls er selbst energische Massregeln ergreifen und sich mit aller Macht seinen Feinden widersetzen würde.[6])

Während Wenzel alles seinen Gesandten überliess und die eigene Person in den Kampf zu führen scheute,

---

[1]) R. A. III. Nr. 90, 91, 93.
[2]) R. A. III. 119. Nr. 79 Art. 2.
[3]) Janssen. I. Nr. 878.
[4]) R. A. III. Nr. 80. 81. — Janssen. I. Nr. 880.
[5]) R. A. III. Nr. 95—101. — Janssen. I. Nr. 151. 152. 153.
[6]) R. A. III. Nr. 101.

rüsteten die Fürsten eifrig, warben Bundesgenossen und bereiteten den entscheidenden Schlag vor, vergassen auch nicht, sich um die Unterstützung der römischen Kurie zu bemühen. In einer Botschaft an Bonifazius hoben sie die Unwürdigkeit des Königs, seine schlechte Regierung sowie seine Unthätigkeit in der Kirchensache hervor, sie führten an, dass sie den König wiederholt vergebens gemahnt, dass er sich wider ihren Willen mit Karl von Frankreich geeinigt hätte, Bonifazius durch Entziehung der Obedienz zur Abdankung zu zwingen, und baten ihn, ihren Plan, den König des Throns zu entsetzen, wirksam zu unterstützen.[1]) Der römische Papst konnte den Ideen der Kurfürsten nicht grade abgeneigt sein, denn Wenzel war ja im Laufe der Zeit ein unzuverlässiger Anhänger geworden, hingegen stand zu erwarten, dass ein neu gewählter König, wenn derselbe, wie vorauszusehen war, der so klerikal gesinnten pfälzischen Familie angehörte, der römischen Kurie unbedingte Heerfolge leisten würde. Aber wie sehr Bonifazius auch einen Wechsel in der Person des Königs herbeiwünschen mochte, er war doch zu vorsichtig und hielt sich, den Lauf der Dinge abwartend, zurück, begünstigte aber, von beiden Seiten stark begehrt, offen keine Partei. Die Kurfürsten erhielten keine bestimmte Antwort auf ihre Anfrage und zogen daraus den Schluss, dass der Papst, sobald die Krisis zum Ausbruch gekommen, den Thatsachen Rechnung tragen und seine Zustimmung ertheilen würde,[2]) wie es auch wirklich kam, obschon Bonifazius an den König noch nach dessen Absetzung einen von Freundschaftsversicherungen überfliessenden Brief schrieb.[3])

Durch den Anschluss Sachsens[4]) sahen sich die rheinischen Kurfürsten in den Stand gesetzt, ernstlich

[1]) R. A. III. Nr. 114. — Pelzel. II. Urkundenbuch. 159, 161, 162.
[2]) R. A. III. Nr. 115.
[3]) Pelzel. II. Urkundenbuch. 170. — Chmel, Regesta Ruperti 184.
[4]) R. A. III. Nr. 51.

Wenzels Absetzung zu betreiben. Am 17. Februar 1400 berieten sie heimlich in Frankfurt[1]) und einigten sich „Gott zu Lobe, der Kirche und dem Reiche zu Ehren und Frommen, den Fürsten und den gemeinen Landen zu Nutz und Trost“ einen andern römischen König zu wählen.[2]) Ausser dem Geschlecht der Luxemburger wurden die Welfen und die Habsburger von der Thronkandidatur ausgeschlossen. Ende Mai traten die verschworenen Fürsten abermals in Frankfurt zusammen, wo auch Boten der zum Besuch aufgeforderten rheinischen und schwäbischen Städte erschienen.[3]) Die Gegenwart einer französischen Gesandtschaft war den Fürsten sehr erwünscht, da sie durch dieselbe leicht den französischen König für ihre Umsturzpläne gewinnen konnten; es kam bald dahin, dass sie mit dem französischen König über heimliche Sachen verhandelten,[4]) und besonders dem Einfluss der aus dem Geschlecht der Wittelsbacher stammenden Königin Isabella ist es zuzuschreiben, dass Karl VI. nicht zu Gunsten seines Verbündeten in die deutschen Thronstreitigkeiten eingriff.[5]) Die deutschen Fürsten machten die Kirchenfrage von der Thronfrage abhängig und gelobten Karl, dass der neu erwählte König mit Frankreich Verträge schliessen und mit Karl an dem Werke der Kircheneinheit arbeiten würde.[6])

König Wenzel war über die Nichtachtung seiner Persönlichkeit, da er nicht nach Frankfurt eingeladen war, sehr erbittert[7]) und forderte durch einen Bevoll-

---

1) Joannis. 712.

2) R. A. III. Nr. 117, 118. — Janssen. I. Nr. 882, 883. — Martene. IV. 11. — Sattler. II. Nr. 18.

3) R. A. III. Nr. 112, 113, 138. — Janssen. I. Nr. 157, 885. — Gemeiner. II. 344.

4) Janssen. I. Nr. 179. 898.

5) Janssen. I. Nr. 161, 164. — Hoefler, Ruprecht von der Pfalz. 150.

6) R. A. III. Nr. 152, 153. — Palacky, Formelbücher. II. 88.

7) R. A. III. Nr. 139. — Janssen. I. Nr. 170.

mächtigten die Fürsten auf, nichts ohne ihn zu verrichten und nichts, was gegen seine Würde verstiesse, zu unternehmen, und bat, einen andern Tag zu bestimmen, auf welchem er selbst erscheinen und mit ihnen über die Kirchensache beraten würde. Aber diese Bitten und Vorstellungen fruchteten nichts, die Fürsten wollten die einmal betretene Bahn nicht wieder verlassen; fest entschlossen, Wenzel zu beseitigen, konnten sie sich nur nicht über einen Nachfolger einigen. Die rheinischen Kurfürsten, Stephan von Baiern, Friedrich von Nürnberg und die Markgrafen von Meissen machten unter sich aus, sich am 11. August in Oberlahnstein zu versammeln und dort das Reich zu bestellen.[1]) Damit die Form eines rechtlichen Prozessverfahrens gewahrt bliebe, wurde auch Wenzel aufgefordert, an jenem Tage in Oberlahnstein zu erscheinen und sich dort wegen der Gebrechen, an welchen das Reich litte, zu rechtfertigen; für den Fall seines Nichterscheinens erklärten sich die Fürsten der dem König geleisteten Eide los und ledig.[2]) Den in Frankfurt versammelten Städteboten wurden die Entschlüsse der Fürsten, dass der König vorgeladen und seine Absetzung geplant sei, mitgeteilt und sie aufgefordert, sich möglichst bald darüber auszusprechen, wie sie sich dazu stellen würden.[3])

Nach zwei Städtetagen in Mainz erhielten die Kurfürsten zweideutige und ausweichende Antworten, da die Städte vor allem danach strebten, nirgends Anstoss zu erregen und ohne Verlust und Schaden an ihren Privilegien und Freiheiten aus der verwickelten Lage herauszukommen.[4])

Wenzel war inzwischen völlig ratlos und konnte nicht einmal dadurch, dass er durch die Frankfurter

[1]) R. A. III. Nr. 141.
[2]) R. A. III. Nr. 146. — Janssen. I. Nr. 893 f.
[3]) R. A. III. Nr. 142. — Janssen. I. Nr. 171 f.
[4]) Janssen. I. Nr. 898—902.

Kunde von dem Vorhaben der Kurfürsten erhielt,[1]) aus seiner Apathie aufgerüttelt werden: er gedachte eine Versammlung zu berufen, konnte sich aber nicht entschliessen, persönlich ins Reich zu eilen.[2])

Am 10. August traten die verschworenen Fürsten in Oberlahnstein zusammen. Die Abwesenheit des Königs wurde als eine Erklärung angesehen, dass er nicht mehr um das Reich Sorge tragen wolle, und daraufhin seine Absetzung beschlossen. Nachdem Ruprecht sich in einer Wahlkapitulation bereit erklärt hatte, die Bürde der Krone zu übernehmen, und Bestätigung der fürstlichen Rechte, Schutz der Kirche und Zurückeroberung von Mailand angelobt hatte,[3]) verkündete Johann von Mainz am 20. August feierlich die Thronentsetzung Wenzels.[4]) Am folgenden Tage wurde Ruprecht zum römischen König und künftigen Kaiser gewählt.

Damit hatte die Regierung Wenzels in Deutschland einen traurigen Abschluss gefunden. Seine Schwäche hatte ein solches Schicksal reichlich verdient, wenn man auch die gewaltigen Schwierigkeiten, die ihm in den Weg traten, und die ungünstigen Zeitverhältnisse in Betracht ziehen muss. Schliesslich hatte die kurfürstliche Opposition gegen das Haus Luxemburg, welche seit 1352 im geheimen bestanden und unter Wenzels Regierung 1380 zum ersten Male, dann wiederholt ans Tageslicht getreten war, gesiegt. Die Saat, welche 1380 in Oberwesel gesäet worden, war aufgelaufen und hatte reife Früchte getragen. Die Unthätigkeit des Königs, seine Indolenz, sein friedliches Naturell, das geringe Mass von

[1]) R. A. III Nr. 180. — Janssen. I. Nr. 172. 173.
[2]) R. A. III. Nr. 181.
[3]) R. A. III. Nr. 200.
[4]) R. A. III. Nr. 204. 206. — Über die Rechtsfrage in diesem Verfahren: Höfler. 167 f. — Lindner. II. 431. — Löher, Münchner historische Jahrbücher von 1867.

Interesse, welches er den wichtigsten kirchlichen und politischen Fragen seiner Zeit entgegengebracht, hatten den königsfeindlichen Kurfürstenbund aufkommen lassen, seine Inkonsequenz und seine Unbeständigkeit hatten das Wachstum des Bundes in reichlichem Masse gefördert, bis derselbe sich über das Königtum erhob und Wenzels schwachen Thron umstürzte.

Exkurs über den Frankfurter Reichstag vom September 1379.

Der dunkle Schleier, welcher lange Zeit hindurch über dieser Reichsversammlung lag, ist erst in den letzten Jahren gelüftet worden. Ältere Historiker wie Häberlin[1]) und Pelzel[2]) nehmen eine Berufung des Reichstags nach Nürnberg an, erst Weizsäcker hat auf das schlagendste nachgewiesen, dass im September 1379 thatsächlich ein Reichstag in Frankfurt abgehalten wurde.[3]) Wenzels Gegenwart auf diesem Reichstage wird von verschiedenen Seiten her bestritten, von andern dagegen wird versucht, sie nachzuweisen. Lindner[4]) tritt entschieden für die Anwesenheit des Königs ein, Weizsäcker[5]) und Vochezer[6]) widersprechen. Pelzel führt zwei von Wenzel in Nürnberg ausgestellte Urkunden an, die eine datiert vom 11. August, die andere vom 13. September 1379.[7]) In der Zwischenzeit aber wird Wenzels Gegenwart bei der Belagerung der Raubburg Hatstein in der Wetterau durch eine bei

[1]) Häberlin in seiner „Allgemeinen Welthistorie" IV. 76. (Halle 1769) schliesst aus einem Schreiben Ruprechts I. von der Pfalz an Karl V. von Frankreich auf einen Reichstag in Nürnberg, aber er hat die von Ruprecht daselbst angegebene Zeit der „parlamenta regalia" nicht genügend berücksichtigt.

[2]) Pelzel. I. 86.

[3]) R. A. I. 257 f.

[4]) Lindner. I. 100. 399 f. Beilage VIII.

[5]) R. A I. 257. II. 425.

[6]) Forschungen zur deutschen Geschichte. 1875. B. XV. 1 ff.

[7]) Lang, Materialien zur Öttingischen Geschichte. III. 51. — Lünig, Spicileg. ecclesiast. II. 519.

Gelegenheit der Versöhnung beider Parteien ausgestellte Urkunde bezeugt.[1]) Dagegen wird an anderer Stelle nur der Trierer Erzbischof als aktiv an der Belagerung jenes Schlosses beteiligt erwähnt.[2]) Lindner bezweifelt Wenzels Anwesenheit vor Hatstein, weil er es nicht für denkbar hält, dass der König, um an der Belagerung dieser Burg teilzunehmen, von Nürnberg nach Frankfurt, von da zurück nach Nürnberg und abermals nach Frankfurt gezogen sei, und erklärt sich die Sachlage so, dass Wenzel zu der Belagerung des Schlosses Truppen gestellt und das Reichspanier geliehen habe, woraus dann auf seine persönliche Gegenwart geschlossen sei, aber er bleibt den Beweis schuldig. Eine Urkunde des Königs ist am 11. September „zum Rotenberg", einige Stunden östlich von Nürnberg, ausgestellt;[3]) aber schon am 14. verleiht er feierlich dem Erzbischof von Köln die Regalien für sein Erzbistum und installiert ihn persönlich, da es in der Urkunde heisst, „fur uns quame in die stat ze Frankenfurt der erwirdig Fridrich da wir sassen in unsere majestat getziret mit solcher schonheit als uns daz als eines Romischen kunig von gewonheit angehoret."[4]) Dass der Zeitraum von drei Tagen für die Zurücklegung der Entfernung von Nürnberg nach Frankfurt bei den damaligen Wegeverhältnissen zu kurz gemessen, ist unbestreitbar, also kann die Datierung einer der beiden angeführten Urkunden nicht der richtigen Zeit entsprechen. Während also jene Installierungsurkunde Friedrichs von Köln für die Anwesenheit Wenzels auf dem Reichstage spricht, lässt sich dagegen anführen, dass in den städtischen Rechnungsbüchern Frankfurts, in welchen sonst immer der an den König verausgabten Geschenke Erwähnung

---

[1]) Goerz, Regesten der Erzbischöfe von Trier. 114.

[2]) Boehmer, Fontes. IV. 375. — Limburger Chronik. 76.

[3]) Niesert, Münsterische Urkundensammlung. V. 528.

[4]) Lacomblet, Niederrheinisches Urkundenbuch. III. 737. Nr. 840.

gethan wird, nur Wenzels Boten genannt werden.[1]) Am wahrscheinlichsten ist, dass der König im August 1379 in der Frankfurter Gegend weilte und hier sich an der Belagerung von Hatstein beteiligte, als aber wichtige Nachrichten aus Böhmen eintrafen, hielt er seine Gegenwart auf dem Reichstage für entbehrlich und eilte in sein Stammland zurück. Seine Anwesenheit daselbst erforderte einmal wohl das luxemburgische Familieninteresse, da in dieser Zeit die Übergabe des jungen Sigmund an seinen zukünftigen Schwiegervater, Ludwig von Ungarn, stattfand und Wenzel ohne Zweifel noch mit der Kaiserin Elisabeth, welche den Knaben persönlich nach Ungarn bringen wollte, wichtige Verabredungen zu treffen hatte. Dazu mochte kommen, dass Wenzel sich in seiner Stellung als Hort und Vogt des römischen Papsttums bedroht sah,[2]) da in Böhmen und den dazu gehörigen Provinzen das Antipapsttum mehr und mehr Anhänger fand, so in Breslau, wo ein clementinisch gesinnter Bischof gewählt war, so in Prag, wo ein Domdechant öffentlich Briefe des Gegenpapstes hatte anschlagen lassen, während an verschiedenen Orten Sendboten aus Avignon gegen Urban aufwiegelten.[3])

Überdies ist der Fall nicht selten, dass eine königliche Urkunde von einem Orte und einem Zeitpunkte datiert ist, wo die Persönlichkeit des Ausstellers überhaupt nicht an dem betreffenden Platze weilte. Die königliche Kanzlei war in Frankfurt mit dem königlichen Siegel zurückgeblieben, während der König selbst, durch zwingende Umstände getrieben, hatte abreisen müssen; die Kanzlei stellte nun in des Königs Abwesenheit in seinem Namen völlig gültige Urkunden aus und datierte dieselben nach dem Ort und der Zeit, welche es grade waren. Für Wenzels Regierungszeit lässt sich z. B. ein ähnlicher

---

[1]) R. A. I. Nr. 151.

[2]) Pessina, Phosphorus septicornis, radius III. 6 Novemb. 1379. (Prag 1673.)

[3]) Lindner. I. 92. Note 1.

Fall anführen: im Jahre 1390 sollte ein Reichstag in Nürnberg stattfinden, nachdem er oftmals verschoben war, im September. Wenzel hatte sein Erscheinen bestimmt zugesagt, seine Ankunft wurde auch erwartet, erfolgte aber nicht. Hegel stellt zwar seine Gegenwart als sicher hin,[1]) aber er war jedenfalls in Böhmen, was aus verschiedenen Amtshandlungen hervorgeht.[2]) Auf diesem Nürnberger Reichstage sind mehrere Urkunden mit fingierter Orts- und Zeitbestimmung als königliche ausgestellt,[3]) während andere Urkunden Wenzels Anwesenheit in Böhmen bezeugen.[4]) Am 19. Mai 1398 bestätigt Wenzel von Prag aus der Stadt Rotenburg a. T. ihr Landgericht,[5]) wiewohl er damals in Luxemburg weilte.

Nach allem kann man wohl mit Fug und Recht annehmen, dass Wenzel an dem Frankfurter Reichstage vom September 1379 nicht teilnahm; dass aber diese Abwesenheit, deren nächste Folge der Kurfürstentag von Oberwesel im Januar 1380 war, die indirekte Quelle alles späteren Unheils, welches den König von Seiten der Kurfürsten betraf, wurde, lässt sich aus der oben geschilderten Entwickelung der Dinge ersehen.

---

[1]) Stchr. I. 125, 5.
[2]) Pelzel I. 233.
[3]) R. A. II. 286 f. Nr. 175. 189. 190.
[4]) R. A. II. Nr. 192. — Pelzel. I. 92. Urkundbch. 72.
[5]) Reg. Bocca. XI. 127.